Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Mitteldeutscher Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.); 210 47 (Verlag).

Mit der illustrierten Arbeiter-Zeitung **Der Rote Stern**

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalekreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag G. m. b. H., Halle. Druck: Produktiv Buchdruckerei G. m. b. H., Halle, Lerchenfeldstr. 14

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Donnerstag, 13. November 1930 | 10. Jahrgang • Nr. 267

Preisabbauschwindel und Lohnraub gehen weiter

Der „Preisabbau" auf dem geduldigen Papier — Der Lohnraub in der Wirklichkeit

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 13. November.

Die Preis-„Senkungs"-Aktion der Hungerregierung Brüning hat einen „Erfolg" zu verzeichnen, der in der Presse sensationell [illegible] wird. Es wurde ein Ausschuß gebildet, der die „Senkung" betreiben soll. In diesem Ausschuß sitzt ausgerechnet auch der Wucherzöllner Schiele mit seinem sozialdemokratischen Stützungskommissar Dr. Baade, durch die

Millionen von Steuergeldern den Großagrariern in den Rachen geworfen und die Preise künstlich in die Höhe getrieben

[illegible]. Durch die Presse erfährt man, was nun alles geplant ist. Man spricht davon", daß es nun den Kartellen an den [illegible] gehen soll, die durch ihr Preisdiktat in der Hauptsache an [illegible] Teuerung schuld sind. „Man denkt daran", den Zwischenhandel auszuschließen, um die Ware direkt vom Produzenten zum Konsumenten zu bringen. „Man will" das Publikum mobilisieren, [illegible] billiger zu kaufen, wo wirklich die Preise herabgesetzt werden. [illegible] hat die Absicht", die Konsumvereine dafür zu gewinnen, nach [illegible] auf die „Auszahlung einer Dividende" an ihre Mitglieder zu verzichten und die Summe, die dadurch frei wird, zur weiteren Senkung der Preise zu verwenden. Das sind die „großen Pläne", lauter faule Versprechungen, um Erwartungen zu erwecken mit dem Ziele, den Proleten den Lohnraub [illegible] zu machen.

Wer daran denkt, daß die Regierung den Ast absägt, auf dem sie sitzt, indem sie gegen die preisdirigierenden Kartelle und den Wucherzoll vorgeht, ist ein Narr.

Aussperrung zum Zwecke des Lohnraubs

(Eig. Drahtm.) **Delmenhorst**, 13. November.

Zum Zwecke des allgemeinen Lohnabbaues hat die [illegible] der Woll- und Jutespinnerei Delmenhorst der gesamten Belegschaft des Werkes zum 15. November gekündigt. Es ist beabsichtigt, alle diejenigen Arbeiter und Arbeiterinnen, die mit dem Lohnabbau einverstanden sind, am [illegible] November wieder in den Betrieb aufzunehmen.

Lohnraub an den Straßenbahnern

(Eig. Drahtm.) **Essen**, 13. November.

Der allgemeine Lohnabbau im Ruhrgebiet und im übrigen Reiche wird auch auf die Straßenbahnen ausgedehnt, um so mehr [illegible] Verständigung mit der Bürokratie des Gesamtverbandes im Berliner Verkehrsgewerbe über die Arbeitszeitkürzung ohne Lohnausgleich, also der glatte Lohnraub, herbeigeführt wurde. Diese Verständigung hat dazu geführt, daß nun auch die Unternehmervertreter der rheinisch-westfälischen Straßenbahnen den bestehenden Lohntarif zum 30. November gekündigt haben.

Die Löhne sollen auf das Niveau von 1927 gebracht werden.

Die Verhandlungen mit der Bürokratie sind ergebnislos verlaufen. Sie verkriecht sich jetzt schon hinter den Schlichtungsverhandlungen, die in den nächsten Tagen stattfinden sollen. Von der Kündigung werden alle Straßenbahner von Duisburg bis Hamm betroffen.

Der Höhepunkt der Unverschämtheit

Sieht der DMV. „Lehren" aus dem Streik: „Die Metallarbeiter sind schuld!"

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 13. November.

Der erweiterte Beirat des DMV. tagte gestern in Berlin, um [illegible] Bericht Brandes über den Verlauf des Berliner Metallarbeiterkampfes entgegenzunehmen. Nachdem die Berliner Metallarbeiter durch den Streikbruch der Urich und Konsorten wieder in [illegible] gejagt worden sind, will man von den eigenen Leuten ablenken und macht — die RGO. für den von den Unternehmern begangenen Streikbruch verantwortlich, weil sie ihre Pflicht [illegible] in voller Oeffentlichkeit die Streikbrecher bekämpfte.

[illegible] die DMV.-Bürokratie in Berlin durch radikale Phrasen [illegible] ungeheuren Verrat ablenken will, wird im Reich durch [illegible] DMV.-Presse den Berliner Metallarbeitern die [illegible] von dem Lohnraub in die Schuhe geschoben. Die sozialdemokratische „Volksstimme" in Frankfurt a. M. schreibt:

> „Wir werden aber auch den Gründen und Ursachen nachgeforscht. [illegible] den Schiedsspruch geführt haben. Vernünftigerweise gab [illegible] nicht einzelnen Personen die Schuld. Das [illegible] erblickte man in dem Indifferentismus der [illegible] Metallarbeiter. Sie haben den Vorstand in [illegible] Kampftage(!) versetzt, von vornherein sich mit einem [illegible] Unparteiischen gefällten Schiedsspruch zufrieden zu [illegible]."

[illegible] die Berliner Metallarbeiter Bescheid. Nicht der [illegible] Urich und Brandes war es, der den Lohnraub verhindert, sondern die Metallarbeiter sollen es selbst [illegible], die von den Streikbruchorganisatoren nach einem [illegible] heldenhaft geführten Kampf in die Betriebe gejagt

Arbeitszeit im Ruhrbergbau soll unverändert bleiben

Der Lohnraub wird fortgesetzt

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 13. November.

Die Schlichterkammer fällte einen Schiedsspruch, durch den das **bisherige Arbeitszeitabkommen im Ruhrbergbau unverändert bis zum 30. September 1931 in Kraft bleiben soll.** Ueber die Arbeitszeit in den heißen Zechen werden besondere Schlichtungsverhandlungen geführt. Außerdem sind Nachverhandlungen für die Verbindlichkeitserklärung für die nächste Woche vorgesehen.

Der Lohnraub an den Bergarbeitern, das Antreibesystem, das zu den Katastrophen in Alsdorf und Manbach führte, werden fortgesetzt. Die RGO. sammelt und organisiert die Bergarbeiter zum Kampf um Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich und Lohnerhöhung.

Drei Wochen Zahna-Streik

Zahna, 13. November.

A.-K. Heute vor drei Wochen traten die Schamotte-Arbeiter in den Kampf gegen einen Lohnraub von 6 Pfennig pro Stunde. Sie taten es **gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie**, die, nachdem sie eine Urabstimmung durchführte, bei der 18 Stimmen an der berühmten gewerkschaftsentscheidenden Zweidrittelmehrheit fehlten, die Durchführung des Streikes verweigerte.

Am Morgen des Kampfbeginnes, am 23. Oktober, **besetzte die RGO.**, nachdem ihre Vertreter am Vorabend eingehend mit mehreren Schamotte-Arbeitern diskutiert hatten (wobei die Arbeiter ihren Kampfwillen zum Ausdruck brachten), die **Eingänge zum Werk.** Eine kurze fliegende Versammlung vor dem Werk, in der ein RGO.-Vertreter den Verrat der Gewerkschaftsbürokratie aufzeigte, den Kampf der Arbeiterklasse gegen die im ganzen Reich eröffnete Lohnabbauoffensive des Unternehmertums als zwingende Notwendigkeit zur Abwehr des Brüningschen Raubprogramms erklärte, steigerte die Kampfesfreudigkeit ungeheuer.

Die Schamotte-Arbeiter erkannten in dem RGO.-Vertreter, in dem Kommunisten, ihren Führer, dem sie sofort Gefolgschaft leisteten, indem sie seiner Aufforderung,

das Werk nicht zu betreten, geschlossen zur Streikversammlung zu marschieren,

nachkamen.

Nachdem der RGO.-Vertreter in der Streikversammlung in kurzen Worten die Streikstrategie der RGO. entrollte,

stimmte die Belegschaft geschlossen für den Streik und wählte eine Streikleitung aus ihrer Mitte, in der alle Arbeiter, ob organisiert oder unorganisiert, ob Sozialdemokraten, Kommunisten oder Neutrale, vertreten sind.

Um die Einheitsfront der Betriebsarbeiter mit den **Erwerbslosen** zum Ausdruck zu bringen, wurden einige Erwerbslose in die Streikleitung gewählt. Neben der Streikleitung wählte die Belegschaft eine **Solidaritätskommission**, die für die Unterstützung der Streikenden sowie für die Popularisierung des Schamotte-Kampfes zu sorgen hat. Die Kommission arbeitet in Verbindung mit der Proviantkolonne des Proletariats, der IAH.

Der Gewerkschaftsbürokrat Feustel, der am Tage der Ur-

Bergarbeiter, schafft die einheitliche Kampffront

gegen Lohnraub und Unternehmeroffensive — Der Streik ist Eure Waffe!

Wählt Delegierte zu den Revier-Konferenzen am 23. November!

Das mitteldeutsche Grubenkapital ist mit Hilfe der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie fest entschlossen, **auf Kosten der Bergkumpels die Ueberwindung der Krise zu versuchen.** Die Arbeiter im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau, einschließlich Erz und Kali, müssen dazu übergehen, die Offensive der Kohlenbarone mit aller Macht zurückzuschlagen.

Das kann nur mit den schärfsten Mitteln des Streiks geschehen.

Rationalisierung, Lohndruck, Feierschichten und Massenentlassungen lasten schwer auf den Bergarbeitern und deren Familien. Allein im letzten Jahre sind über 17 000 Braunkohlenarbeiter entlassen worden. Die Bergarbeiter bilden die Schicht der mitteldeutschen Arbeiterschaft, die seit Jahren die längste Arbeitszeit und die niedrigsten Löhne hat. Die Schichtzeit beträgt in den meisten Betrieben, auf Grund des Mehrarbeitsabkommens, immer noch 9, bis 9½ und 10 Stunden.

Die Gewerkschaftsbürokratie lehnte die Kündigung des im September dieses Jahres abgelaufenen Mehrarbeitsabkommens ab und verschob sie bis nach den Reichstagswahlen, wo der Brüning-Kurs mit ihrer Hilfe als gesichert galt.

Sie fordern die Einführung der 40-Stundenwoche ohne jeden Pfennig Lohnausgleich, was weitere Ausbeutung und Massenverelendung bedeutet.

Dem steht gegenüber das Programm der RGO., die alle Arbeiter, Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Organisierte und Unorganisierte, Betriebsarbeiter und Erwerbslose für ihre Forderung zum Kampfe sammelt.

Für die Arbeiter und Angestellten in den Gruben, Schächten und Fabriken formuliert die RGO. die Forderungen und vertritt sie rücksichtslos im Kampf gegen die Grubenbarone und ihre Helfershelfer. Sie schafft die Massenbasis, nachstehende Forderung im Kampfe zu verwirklichen.

1. **Siebenstundentag über und Sechstundentag unter Tage bei vollem Lohnausgleich.**
2. **Kampf gegen jede Prämien- und Akkord- und Ueberstundenarbeit.**
3. **Kampf gegen Lohnraub und kapitalistische Rationalisierung.**
4. **Bekämpfung und Beseitigung der Unfallverfahren durch selbstgewählte Vertrauensleute Kontrolleure und Arbeiterschutzkommissionen, gemäß dem Gesetzentwurf der KPD. an den Preußischen Landtag und gemäß dem Programm der Bitterfelder Revierkonferenz.**

Das sind die Forderungen der Bergarbeiter, die nur im schärfsten Kampf unter Führung der RGO. erreicht werden können. Voraussetzungen dazu sind nachstehende Arbeiten in allen Bergbaugebieten sofort in Angriff zu nehmen.

1. **Mitgliederversammlungen unter starker Hinzuziehung von Sympathisierenden über Aufbau der RGO. und Bergarbeiterkampf.**
2. **Belegschafts- und Betriebsversammlungen zur Wahl von Kampfausschüssen und Delegierten zu Unterbezirksdelegiertenkonferenzen für den 23. November.**
3. **Oeffentliche Versammlungen unter Hinzuziehung der gesamten Bevölkerung.**
4. **Verstärkte Fraktionsarbeit im Bergbauindustriearbeiterverband.**
5. **Stärkste Popularisierung des Tarifvertragsentwurfs der RGO., sowie der von den Revierkonferenzen aufgestellten Sicherheitsforderungen. Beschlußfassung aller Belegschaften über diese Kampfforderungen.**

Der Lohnraub an den Berliner Metallarbeitern, deren Streik die Gewerkschaftsbürokratie und der staatliche Schlichter mit 8 Prozent Lohnkürzung abwürgten, droht auf alle Bezirke ausgedehnt zu werden.

Deshalb wehrt Euch!

Verweigert Arbeiten, die mit Lebensgefahr für Euch verbunden sind. Wählt sofort auf jeder Grube Eure Delegierten für den 23. November, damit die Revierdelegiertenkonferenzen wirkliche Kampfkongresse für Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung werden.

Bezirkskomitee der RGO.
Industriegruppe Bergbau.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301113-10/fragment/page=0001

Abstimmung seine Verwunderung über die Abwesenheit der RGO. zum Ausdruck brachte, der siegesbewußt und stolz, den Kampf der Schamottearbeiter im Keime erstickt zu haben, den Ort seines Verrates verließ, geriet am Morgen des 23. Oktobers, als er erfuhr, daß der Streik mit ganzer Wucht entfacht war, in helle Empörung.

Die Buchstaben RGO. wirken auf einen Gewerkschaftsbonzen wie das rote Tuch auf den Stier. So geschah es auch Feustel. Unter keinen Umständen durfte die RGO. den Kampf führen, denn das kann nicht nur dem Unternehmer, sondern auch ihm, dem selbstherrlichen Gewerkschaftsbonzen Feustel, in dessen Zahlstellenbereich Zahna liegt, zum Verhängnis werden. So ging er, in der Hoffnung, die Streikfront zu zersplittern, dazu über, heimlich am Tage, an dem die Schamotte-Arbeiter ihren Lohn vom Werke holten, eine zweite Urabstimmung durchzuführen. Der Streikwille und das Vertrauen der Belegschaft zur RGO.-Führung erteilten der Gewerkschaftsbürokratie eine gehörige Abfuhr.

Aus der bonzekratischen Zweidrittelmehrheit wurde eine revolutionäre Dreiviertelmehrheit für den Streik, der schon im Gange war, der alle Zweifelnden belehrte. Die Belegschaft hatte die Gewerkschaftsbürokratie gezwungen, den Streik zu sanktionieren.

Jetzt war es an der Zeit für einen Gewerkschaftsbonzen, alle Minen springen zu lassen, um die Kampfführung zum Zwecke der Streikabwürgung in die Hand zu bekommen. Eine Organisiertenversammlung dünkte dem Feustel als bestes Mittel zur Zerschlagung der Streikfront.

Die organisierten Arbeiter waren täglich Zeugen der Aktivität der Streikleitung sowie der RGO.-Vertreter, die mit den streikenden Arbeitern fast jeden Morgen schon um 5 Uhr vor dem Werk Streikposten standen, während „Herr Feustel" den Standort des Schamottewerkes nur vom Hörensagen kannte. Die Organisierten dachten gar nicht daran, das verräterische Werkzeug eines korrupten Bonzen abzugeben und gaben dem Gewerkschaftsbonzen zu verstehen, daß alle seine Versuche, die Streikfront zu brechen, vergeblich seien.

Wie aus einem Munde erklärte die Versammlung:

„Wir kämpfen weiter unter Führung der RGO.!"

Der Entrüstende jedoch klammert sich an den Strohhalm. So auch Feustel.

Zum Empfang des Reallohnes marschierten die Schamotte-Arbeiter **unter Vorantritt der Streikleitung geschlossen zum Werk.** An der Spitze des Demonstrationszuges wurde ein Transparent mitgeführt mit der Aufschrift:

„Wir kämpfen gemeinsam unter der Führung der RGO.!"

Unmittelbar hinter diesem Transparent marschierten der RGO.-Vertreter und — — — Karl Feustel! Die streikende Arbeiterschaft von Zahna darf mit Stolz von sich sagen, daß sie sich nicht von der Gewerkschaftsbürokratie leiten läßt.

Die Zahnaer Arbeiter lernten den sozialfaschistischen Terror gegen die Kämpfe der Arbeiterklasse kennen: Die Gummiknüppelattacke der Harnack-Polizei auf Streikposten, der Befehl des Sozialfaschisten Harnack, die von der Stadtverordnetenversammlung auf Antrag der KPD.-Fraktion bewilligte Streikunterstützung nicht auszuzahlen, die Initiative der KPD.-Fraktion im Preußischen Landtag gegen den Polizeiüberfall in Zahna. Vor allem aber der heldenhafte Kampf der erwerbslosen Streikposten gegen den Polizeiterror hat den Streikwillen der Schamotte-Arbeiterschaft ungeheuer gestärkt und die Streikenden zu einer eisernen Front unter Führung der RGO. zusammengeschweißt.

Bewundernswert ist die Kampffreudigkeit der Frauen, die einen großen Teil der Belegschaft ausmachen. Mit äußerster Kraft, politisch interessiert an ihrem Kampf, arbeiten die weiblichen Kämpfer in der Streikleitung, stehen die Arbeitsschwestern Streikposten, schlagen sie jeden Angriff der Gewerkschaftsbonzekratie gemeinsam mit den männlichen Streikenden ab.

Mit entschlossener Begeisterung vertrieben die Schamotte-Arbeiter den Oberrenegaten Bassüner, der in seiner Eigenschaft als ADGB.-Vorsitzender, Ortskartell Wittenberg, den Versuch einer neuen Organisiertenversammlung machte, um die Streikfront zu durchlöchern, indem er mit Unterstützungsentzug drohte.

„Disziplin" verlangte Bassüner von den Organisierten. Disziplinierte Streikabwürger wollte er werben. Er glaubte, bei der Schamotte-Arbeiterschaft noch als Kommunist zu gelten und so der geeignete Mann zur Streikabwürgung zu sein.

„Unternehmerlakai, Lumpenprolet, kümmere Dich um das Elend der Stickstoff-Arbeiter!"

Mit diesen Worten wurde Bassüner in Zahna empfangen und entlassen. **„Verantwortungsgefühl"** verlangte der Sozialfaschist Bassüner von der Schamotte-Arbeiterschaft. Jawohl, **Verantwortungsgefühl gegenüber der gesamten Arbeiterklasse!** Das ist es, was die Schamotte-Arbeiterschaft vom ersten Tage des Streikes bis heute an den Tag gelegt hat. Die Unterständigkeit der Schamotte-Arbeiter unter die Befehle der Gewerkschaftsbürokratie ist liquidiert.

Die Arbeiter von Zahna haben gelernt, den Unterschied zwischen der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie und der revolutionären Streikführung der RGO. zu sehen. Sie haben durch ihr kühnes Auftreten gegenüber allen Spaltungsversuchen der Sozialfaschisten die Gewerkschaftsbürokratie in eine Hilflosigkeit getrieben, die einem Hunde jammern kann.

Zahna ist ein **Lehrbeispiel** in der Kampfführung des revolutionären Proletariats. Zahna bestätigt tausendmal die Richtigkeit der Beschlüsse des 5. RGO.-Kongresses.

Zahna bestätigt **jedes Wort** in dem Referat des Genossen Losowski auf dem 5. RGO.-Kongreß über **„Streikbruchtaktik der Reformisten und Ursachen ihres Erfolges".** Die Erfolge dieser Streikbruchtaktik sind jedoch dank der Aktivität aller Streikenden **in ein Nichts zerronnen.** So zahlenmäßig schwach der Schamotte-Arbeiterstreik in Zahna ist, birgt er doch für jeden Arbeiter ungeheure Lehren in sich. Der Kampf der Zahnaer Arbeiter beweist, daß es möglich ist, die Streikkämpfe des Proletariats ohne die noch bei vielen Arbeitern, ja, sogar noch bei vielen „Kommunisten", als alleinseligmachend geltende, inzwischen völlig sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie durchzuführen.

Wenn die mitteldeutsche Arbeiterschaft den Schamotte-Arbeitern in Zahna größte Solidarität entgegenbringt, wenn sie nach dem Muster von Zahna den Kampf für ihre Forderungen aufnimmt, dann ist der Sieg der gesamten deutschen Arbeiterklasse gesichert.

Vorwärts, Proletarier, zum Kampf unter Führung der RGO.!

Ueberschlesische Kokereien stillgelegt

Kein Platz für die Lagerung der Kohlen mehr da — und die Proleten frieren

(Eig. Ber.) **Gleiwitz**, 12. November.

Die Gleiwitzer Grube will sechs ihrer Kokösen außer Betrieb setzen, weil kein Platz für die Kohlenablagerung mehr vorhanden ist. 154 000 Tonnen Kohle liegen auf den Halden. In Hindenburg soll am kommenden Sonnabend die Kokerei „Glückauf" stillgelegt werden.

Der Rote Metallarbeiterverband

„Zur heutigen Funktionärsitzung des DMV. Halle auf dem Tagesordnungspunkt: „Der Rote Metallarbeiterverband in Berlin."

W. D. **Aus dem gewaltigsten Kampf der deutschen Arbeiterschaft seit den Jahren der relativen Stabilisierung, aber auch aus dem größten Verrat der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie, die diesen Kampf an der Schwelle des Erfolges abwürgte, ist der Rote Metallarbeiterverband in Berlin geboren. Er ist ein echtes Kind des Kampfes, geboren auf der unterirdischen Schwelle der revolutionären Situation, in deren Anschwellen die deutsche Bourgeoisie unter den machtvollen Schlägen der proletarischen Revolution zusammenbrechen wird. Der Verlauf des grandiosen Streiks, aber noch mehr sein schmachvolles Ende und der Verräter Urich, Brandes und Konsorten begründen das Entstehen des Roten Metallarbeiterverbandes in Berlin. Ueberall, wo die deutsche Arbeiterschaft in so wuchtigem Ausmaße gegen die Bourgeoisie, aber auch gegen die verräterische Bürokratie unter der RGO. kämpfen wird, wird sich die organisatorische Spaltung von der streikbrecherischen Bürokratie als notwendige Konsequenz des Kampfes ergeben.**

Ergreifende Szenen hatten sich nach dem Verrat des Streikes abgespielt, die Gewerkschaftsbürokratie vor den Toren der Betriebe abpostiert, die Arbeiterinnen, unorganisierte und organisierte Arbeiter fassungslos dem Verbrechen der Bürokratie gegenüber, die sie um ihr Kampfgeist. Siegesbewußt wollten sie weiterkämpfen und konnten nicht verstehen, daß sie infolge des Verrates der Bonzen geschlagen in die Betriebe zurück sollten. Sie konnten nicht verstehen, daß ihre besten Funktionäre, ihre Vertriebsräte, die sie so opferbereit in den Kampf geführt hatten, wieder in die Betriebe zurück sollten. Kein Riesenaufgebot von Polizeiknüppeln unter Führung der sozialfaschistischen Polizeipräsidenten und Innenminister konnte sie zwingen, den Betrieb zu betreten. Diese nach Zehntausenden zählenden Arbeitermassen aufforderten, in die Reihen des DMV. einzutreten, war die RGO. eine politische und auch eine psychologische Unmöglichkeit.

Der Zusammenschluß dieser besten, unverdorbenen revolutionären Massen der Berliner Metallarbeiterschaft ist der Rote Metallarbeiterverband. Zu Zehntausenden sind sie in ihn geströmt. Auf überwältigenden Delegiertenkonferenzen und Belegschaftsversammlungen haben sie das Gelöbnis abgelegt, eine Organisation zu schaffen, die auch wirklich den Kampf um die Lebensinteressen der Metallarbeiterschaft führt gegen alle Angriffe des Unternehmertums, bis zum Sturz des kapitalistischen Systems und zur endgültigen Befreiung der Metallarbeiter und der übrigen Arbeiterschaft.

Was lehrt der Rote Metallarbeiterverband den hallischen Metallarbeitern? Hier haben jahrelang keine Kämpfe stattgefunden. Immer wieder mit der gleichen blödsinnigen Begründung der Bürokratie, die schlechte Wirtschaftslage der Unternehmungen lasse keine Lohnerhöhung zu.

Rößler hat auch jetzt in Quedlinburg mal wieder geschrien. Es war wieder kein Oppositioneller auf der Bezirkskonferenz vertreten. Wer eben oppositionell ist, wird hinausgeschmissen. Rößler, es werden so lange Oppositionelle im Metallarbeiterverband sein, so lange überhaupt noch ein Restchen von Metallarbeiterverband besteht. So lange der Metallarbeiterverband Mitglieder hat, werden die Mitglieder oppositionell sein und oppositionell wählen. Die Bonzen werden also eine Auflösung des Metallarbeiterverbandes bis zur letzten Konsequenz durchführen müssen. Darum regen Sie sich nicht auf, wenn jetzt in Berlin der Rote Metallarbeiterverband beginnt.

Auch in Mitteldeutschland wird die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition den Streik der Metallarbeiter organisieren.

Es hat in Berlin sechs Jahre gedauert. Es wird in Mitteldeutschland **nicht so lange dauern.** Und im Verlaufe des Metallarbeiterkreiks der gegen Ihren Willen geführt gegen die Bonzekratie des Deutschen Metallarbeiterverbandes organisiert wird, wird auch in Mitteldeutschland das Schicksal der Organisationen entschieden und nicht auf Ihren Schiedsspruch Marxen wagen Sie nicht, Herr Rößler, die Mitgliedschaft zu fragen, wer in den einzelnen Verwaltungsstellen, wer in den Generalversammlungen als Delegierter sitzen soll? Was ist die hallische Delegierten-Generalversammlung ein Monat eine Parodie auf eine solche? Weil die sozialfaschistische Bürokratie kein Interesse daran hat, daß im Metallarbeiterverband Mitteldeutschlands der Wille der Massen, der Wille der Mitglieder zur Geltung kommt, weil dann der ohnedies schon letzten Loche pfeifenden kapitalistischen Industrie der Gnadenstoß jetzt werden würde

Die RGO. wird zäh und beharrlich die Mobilisierung und Klärung der hallischen Metallarbeiter fortsetzen. Zäh und beharrlich werden wir in den Betrieben unsere Betriebsgruppen der RGO. aufbauen, bis zu dem organisatorischen Stand, daß wir in der Lage sind, die Metallarbeiter in den Kampf für bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu führen, über den zusammenbrechenden Kapitalismus hinaus in die sozialistische Zukunft.

Der Lohnraub und der Preisabbau-Schwindel

Was wird einem Berliner Metallarbeiter geraubt — und was bekommt er?

Wenige Stunden, nachdem der Hochschutzzoll-Minister Schiele verkünden ließ, daß in Berlin der Preis für das Brot um 4 Pf. für das Pfund Schweinefleisch um 5 Pf. und für den Liter Milch um 1 Pf. gesenkt werde, erklärten die großen Nahrungsmittelproduzenten, daß sie sich zu gar nichts verpflichtet hätten und nicht daran dächten, den angesagten Preisabbau durchzuführen. Damit ist dieser mit so großer Reklame in die Welt gesetzte Preisabbau-Schwindel geplatzt.

Die Direktoren der Brotfabriken erklären, daß sie den Brotpreis höchstens um 2 Pf. senken würden. Angenommen, daß dieses Versprechen gehalten werde und daß bei täglich fallenden Schweinepreisen der Preis für Schweinefleisch tatsächlich um 5 Pf. ermäßigt wird, so macht diese winzige Preissenkung für den Haushalt des Arbeiters eine ganz lächerliche Summe aus.

Die Abendausgabe des „Vorwärts" vom 11. November veröffentlichte den Etat einer Arbeiterfamilie von sechs Köpfen, die neben anderen Lebensmitteln wöchentlich verbraucht: 4 Brote, 2 Pfund Fleisch und 3½ Liter Milch. Diese Arbeiterfamilie würde durch die angekündigte Verbilligung wöchentlich ersparen:

8	Pfennig an Brot,
10	Pfennig an Fleisch (wenn sie nur Schweinefleisch verbraucht),
3½	Pfennig an Milch,
zusammen: 21½	Pfennig.

Was wird nun diesem Arbeiter durch den Lohnabbau-Schiedsspruch der Sinzheimer, Brauns, Jarres geraubt?

Ein Vollarbeiter der Metallindustrie, der bis jetzt wöchentlich 49 Mark Lohn erhielt,

verliert durch den achtprozentigen Lohnraub pro Woche 3,92 Mark.

Das bedeutet, daß die betreffende Arbeiterfamilie in ihrem Wochenetat zwei Brote, ein Pfund Fleisch, zwei Liter Milch und noch einige Pfund Kartoffeln abstreichen muß. Das bedeutet ungeheuer verschärften Hunger.

Der Lohn ist weit unter der Existenzminimum gesallen, das nach der amtlichen Statistik im September 47,40 Mark pro Woche beträgt. Denn der Lohn des Arbeiters wird von 49 Mark auf 45,08 Mark gesenkt, wovon für Sozialversicherung und Steuern gleich 8,20 Mark abgehen, so daß nur noch die erbärmliche Summe von 36,88 Mark verbleibt. Und nun stelle man sich die Lage der

In einem halben Jahr verliert der betreffende Arbeiter durch den achtprozentigen Lohnabzug 101,92 Mark. Das bedeutet den Preis für ein Paar Schuhe und einen Anzug.

Dagegen können die Berliner Metallindustriellen von dem Lohnraub an den 140 000 Metallarbeitern

ihre Profite um 28,5 Millionen jährlich erhöhen.

Das ist der Lohnraub, den die Industriellen im Zusammenwirken mit den ADGB.-Führern an der gesamten Arbeiterschaft vornehmen wollen.

Arbeiter! Wehrt Euch! Kämpft unter Führung der Kommunistischen Partei und der RGO. gegen die Ausbeuter und ihre sozialfaschistischen Lakaien, organisiert den Streik!

Braun läßt Einführung der Negersteuer erzwingen

Hilfsmaßnahmen für Hochwassergeschädigte abgelehnt

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 13. November.

In der Mittwoch-Sitzung des Landtags wurde die preußische Durchführungsverordnung zur Eintreibung der Brüning-Diktatursteuern mit den Stimmen der **Sozialdemokraten gegen die Kommunisten** in zweiter Lesung angenommen. Die dritte Lesung findet am Donnerstag statt.

Braun, als Steuereintreiber Brünings, hat eine Verschärfung hinzugesetzt, wonach

Gemeinden durch Aufsichtsbehörden zur Einführung der Steuern gezwungen werden können, wenn sie diese von sich aus ablehnen.

In derselben Sitzung wurden alle Anträge **der Kommunisten** für eine wirkliche Hilfe zugunsten **der Hochwassergeschädigten** ebenfalls **abgelehnt.**

SPD. begräbt Winterhilfe-Antrag

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 13. November.

In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses des Reichstages wurde der kommunistische Antrag auf **Winterbeihilfe für die Arbeitslosen, Sozial- und Kleinrentner** und alle **Fürsorgeberechtigten** von den Regierungsparteien **mit Hilfe der Sozialdemokratie vertagt,** so daß der Antrag vorläufig begraben ist.

Gesteigerte Kriegshetze gegen die Sowjetunion

Unverschämte Hetzlügen der „Saale-Zeitung"

Die bürgerliche Presse brachte gestern zum Teil groß aufgemacht auf der ersten Seite die Nachricht von der Aufdeckung einer Organisation von Agenten des französischen Imperialismus in Moskau, die im Falle eines Kriegs gegen die Sowjetunion, der schon für das Jahr 1930 erwartet wurde, die Wirtschaft vollkommen sabotieren und auf diese Weise die Widerstandskraft der russischen Arbeiter und Bauern brechen sollte. Die „Hallischen Nachrichten" wagen nicht, wie sie es in früheren ähnlichen Fällen getan haben, die Mitteilungen der Sowjetregierung als den Tatsachen zuwiderlaufend zu bezeichnen. Sie fügen im Gegenteil der Meldung den Satz an, daß die außenpolitische Lage der Sowjetunion „sich zweifellos immer rascher einer gefährlichen Krise" nähere. Das bedeutet, die Bestätigung der wachsenden Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion.

Die „Saale-Zeitung", das täglich erscheinende Hilfsorgan der Nazis, bringt die irrsinnige Meldung, daß die kommunistischen Betriebsräte in Berlin seit Montag eine Sammlung eingeleitet hätten, um Kleider, Schuhe und Kopfbedeckungen für das russische Proletariat zu beschaffen. Dem Redakteur der „Saale-Zeitung", der diese Notiz in das Blatt aufgenommen und an vorragender Stelle placiert hat, ist selbst davon übergeuzt, daß sich um die plumpeste Erfindung, die plumpeste Lüge gegen die USSR. handelt, die in den letzten Jahren von der bürgerlichen Presse erfunden und verbreitet worden ist.

Auf die Lügenhetze der Kapitalisten-Zeitungen antworten die klassenbewußten Arbeiter mit der gesteigerten Organisierung der Abwehrkampfes gegen die Unternehmeroffensive und damit die wirksamsten Verteidigung des Landes der proletarischen Revolution und nach Innsbruck weitergeleitet wurde. Sämtliche Landesführer waren zum Empfang des Generalstabchefs der Polizei erschienen.

Liebknecht-Mörder und Faschistenführer Pfrimer nach Oesterreich zurückberufen

(Eig. Drahtm.) **Wien**, 13. November.

Für den weiteren Kurs auch nach den Wahlen ist bezeichnend, daß der von der Regierung Schober ausgewiesene und von dem Innenministerium Seipel-Starhemberg wieder zurückberufene Major Pfrimer mit Fackelzug und Ehrentrunk empfangen wurde. Pfrimer wird weitergeleitet werden. Sämtliche Landesführer waren zum Empfang des Generalstabchefs der Polizei erschienen.

Opfer des Polizeiterrors verurteilt

(Eig. Drahtm.) **Berlin**, 13. November.

Die brutalen Polizeiattacken am Montag auf den Bülowplatz anläßlich der Kundgebung gegen das Verbot der „Rote Fahne" und den Hungerschiedsspruch für die Metallarbeiter, haben jetzt vor dem Schnellrichter ein Nachspiel. Es waren nicht etwa Polizeibeamten, die grundlos auf die Demonstranten und Teilnehmer losprügelten, angeklagt, sondern die Opfer des Polizeiterrors. Ueber drei Arbeiter wurden Gefängnisstrafen von Wochen bis drei Monate verhängt.

Warum verschwand der „Genosse Sinzheimer"?

Ehe der Schiedsspruch für die Berliner Metallarbeiter gefällt war, sprach die SPD.-Presse stolz davon, daß der Vertreter der Gewerkschaften, der „Genosse Sinzheimer" zum Schiedsrichter ernannt worden sei. Nachdem aber der Lohnraubschiedsspruch verkündet worden ist, sprechen die sozialdemokratischen Zeitungen nur noch von einem „Professor Sinzheimer". Der „Genosse Sinzheimer" war mit einem Schlage verschwunden.

Es ist der SPD.-Presse sehr unangenehm, gerade jetzt sagen zu müssen, daß dieser Sinzheimer ein hervorragendes Mitglied der SPD. ist und außerdem ein bekannter ADGB.-Bonze, der auf zahlreichen Verbandstagen das gewerkschaftspolitische Referat hielt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301113-10/fragment/page=0002

Verschärfte faschistische Gefahr!

Die Wiener „Rote Fahne" zum Ausgang der Wahlen in Oesterreich

Unser Bruderblatt, Die „Rote Fahne"-Wien, das Zentralorgan der KP. Oesterreichs, schreibt in ihrer Dienstagnummer über die Lehren der Wahlen:

Das Ergebnis der Wahlen ist eine allgemeine Verschärfung der politischen Lage ... Die ganze bürgerliche Presse betont heute die Einheitlichkeit der Front von Hakenkreuz bis Schober und es ist ja eigentlich festzustellen, daß die gesamte, offene und verschleierte, faschistische Front an Stimmen und Prozenten noch gestärkt wird.

Auch bei uns sehen wir jetzt die Zersetzung der alten bürgerlich-parlamentarischen Parteien und die Umgruppierung als Folge der begonnenen politischen Krise im Bürgertum. Da haben wir die Bildung des „gemäßigt" faschistischen Schober-Blocks und die Entstehung des Heimatsblocks als Partei sowie das Anwachsen der Nationalsozialisten. All das zeigt die Verzweiflung der Bourgeoisie, sich auf der Grundlage des Faschismus neu zu gruppieren, um sich so vor dem drohenden Untergang zu retten, aber auch die Risse und Sprünge, die den drohenden Untergang schon ankündigen.

Aber wie es auch mit diesen Unterschieden sei, die Einheitlichkeit aller faschistischen Schattierungen — Schober-Block, Christlichsoziale, Heimatblock, Nazis zur gemeinsamen **verschärften Zerrführung der faschistischen Offensive** und beschleunigte Anwendung des Programms der faschistischen Diktatur — ist bereits offensichtlich. Und was soll jetzt kommen? Die Bewilligung des neuen Budgets, das wir als Budget des Hungers und Terrors schon kennzeichneten, der **Abbau der Arbeitslosenversicherung, die Ausbeutellung, d. h. die Neubelastung der städtischen werktätigen Massen** usw. Dazu der **Terror** und die **Verfolgungen!** Dazu hat man ja auch die **letzten Massen** beschlagnahmt.

Und es ist gar nicht ausgeschlossen, daß zu diesem Zwecke die plumpe **faschistische Koalition** auf breiterer Grundlage jetzt mit Schober-Block einerseits und Heimatblock andererseits unter Führung der Christlichsozialen erneuert wird.

Es ist also eine **Lüge, ein neuer Betrug**, berechnet, Illusionen zu schaffen, wenn die **Sozialdemokratie** jetzt behauptet: „Die Demokratie siegreich! Der Faschismus besiegt!" **Umgekehrt: Die Demokratie abgetan und die faschistische Diktatur stärkt jetzt noch stärker vor als bisher.**

Die Sozialdemokratie hat den **Stillstand ihres Aufstieges** erreicht und bei diesen Wahlen bereits — trotz des täuschenden Mandatszuwachses — den **Rückgang der Stimmen** zu verzeichnen.

Die demokratisch-parlamentarischen Illusionen haben sich jedoch in der österreichischen Arbeiterschaft noch so stark erwiesen, daß sich viele Arbeiter, die mit der SP. **innerlich bereits gebrochen haben, entschlossen haben, sozialdemokratisch zu wählen,** weil sie sich sagten, es sei besser, Sozialdemokraten im Parlament zu haben als Faschisten. Sie vermeinten das **kleinere Uebel** zu wählen und sahen nicht, daß sie die **Wegbereiter des Faschismus** wählten.

Diese Umstände **beeinflußten auch das Wahlresultat für die Kommunistische Partei.** Die Kommunistische Partei hat einen offenkundigen **Vormarsch** zu verzeichnen. Sie steigerte ihre Stimmenzahl von rund 16 000 auf rund 21 000 Stimmen. Stellenweise wurde die Stimmenzahl für die KP. verdoppelt, vervierfacht, verdreifacht und mehr. Und diese Stimmenzahl steht in keinem Verhältnis zum wirklichen Einfluß der Partei auf die Massen.

Aber auch das vorausgeschickt, wollen wir offen feststellen, daß uns das Wahlresultat **nicht** befriedigt. Hier liegen zweifellos tiefe und grundlegende **Mängel der Parteiarbeit** vor, die wir offen feststellen müssen, um sie gemeinsam mit der ganzen revolutionären Arbeiterschaft zu überwinden. Es ist kein Zweifel, daß die Arbeiterschaft noch zu wenig in der Praxis Gelegenheit hatte, zu sehen, daß die SP. gegen den Faschismus in Wirklichkeit **nicht** kämpft, wohl aber die KP.; es ist kein Zweifel, daß die beinahe ganz fehlende **Massenarbeit** im Betrieb und Gewerkschaft sich grundlegend ungünstig auswirken mußte, daß die **Einheitsfront** mit den sozialdemokratischen Arbeitern zu wenig angewendet wurde und daß die Organisation unserer ganzen Arbeiter durchaus nicht den Aufgaben der Massenarbeit in der heutigen zugespitzten Lage entspricht.

Aber diese Fehler und Mängel werden wir alle überwinden! Wir müssen sie überwinden und werden es! Mit bolschewistischer Tätigkeit und eiserner Festigkeit! **Wir bleiben stark, wir schreiten vorwärts! Mit dem vollen Bewußtsein, daß die Kommunistische Partei in den Kämpfen, die die Verschärfung der Lage bringt, die Massen in revolutionärer Einheitsfront gegen die Faschistenbande und die sozialfaschistischen Verräter zum erfolgreichen Kampfe sammeln wird!**

Revolutionärer Aufschwung im „Dritten Reich"

Massensturm vertreibt Mussolini's Lohnräuber

Präsidenten der faschistischen Gewerkschaften zur Demission gezwungen
Italienische Proleten in der internationalen revolutionären Front

Von der italienischen Grenze, 12. November. Der seit einigen Wochen in Italien rücksichtslos durchgeführte Raub an den Hungerlöhnen der Proletarier, der bis zu 30 und 40 Prozent beträgt, hat in Verbindung mit der Ankündigung weiterer Abbaumaßnahmen durch den „Popolo d'Italia" einen wahren Orkan der Empörung entfesselt.

Die Bewegung der mit den Mitteln des Streiks, der Demonstrationen und der Sabotage gegen das faschistische Joch anrennenden Massen ist so stark, daß die faschistischen Gewerkschaften dem Sturm nicht standhalten konnten.

Die Präsidenten der faschistischen Arbeitersyndikate für die Industrie, die Landwirtschaft und die freien Berufe, die bisher den Lohnabbau den Arbeitern diktierten, haben ihre Demission eingereicht, nachdem sie wiederholt aus den Betrieben verjagt und von Arbeitern bedroht worden waren.

Mussolini hat diese Präsidenten durch drei faschistische Parteikommissare ersetzt, die mit „eiserner Faust durchgreifen" und wieder „würdige Zustände" schaffen sollen.

Es ist jedoch zu erwarten, daß die Sturmflut der Empörung unter der italienischen Arbeiterschaft auch nicht mehr durch Massenverhaftungen und Einkerkerungen aufzuhalten ist. Die Streiks und Straßenkämpfe der letzten Zeit zeigen deutlich den durch keinen Terror zu verhindernden revolutionären Aufschwung im faschistischen „Dritten Reich" an.

Die deutschen Arbeiter werden ihre italienischen Brüder, deren kühner Vormarsch bereits zur Bewährung im faschistischen Lager führt, mit aller Kraft unterstützen.

Englisch-indische Verständigung auf dem Rücken der Massen?

London, 12. November. Heute wurde in London die englisch-indische „Konferenz am Runden Tisch" durch den König von England eröffnet. Es nehmen daran unter dem Vorsitz Macdonalds 13 englische Vertreter, 16 indische Fürsten und 57 Vertreter der indischen Bourgeoisie teil. Die Ghandisten sind offiziell nicht vertreten.

Der zuversichtliche Ton, mit dem die englische Presse zu dieser Konferenz Stellung nimmt, läßt vermuten, daß die Vorverhandlungen bereits zu einer gewissen „Verständigung" der englischen mit der indischen Bourgeoisie auf dem Rücken des geknechteten indischen Volkes geführt haben. Wie weit der Druck Englands geht, ist aus der Wahl des berüchtigten Adja Khan zum dauernden Vorsitzenden der indischen Delegation zu ennehmen. Selbst das „Berliner Tageblatt" schreibt dazu: „Es muß dahingestellt bleiben, wie die Wahl dieses ausgesprochen englandfreundlich gesinnten mohammedanischen Kirchenfürsten, der in England lebt und mit einer Französin verheiratet ist, in Indien aufgenommen wird."

Nun, die indischen Massen haben keine Illusionen über den Ausgang dieser Konferenz, das beweisen die **Protestdemonstrationen**, unter denen z. B. der Maharadscha von Baroda seinerzeit mit knapper Mühe den Dampfer nach London besteigen konnte. Es bedurfte gar nicht mehr der besonderen Betonung, die der Maharadscha von Kaschmir bei seiner Begrüßungsansprache darauf legte, daß die indische Delegation als „Verbündete Englands" erschienen sei. Die indischen Werktätigen wissen, daß sie ihre Freiheit nicht mit, sondern nur im schärfsten Kampf gegen ihre einheimische Bourgeoisie erringen können.

Pilsudski raubt das geheime Wahlrecht

Warschau, 12. November. Je näher der Termin der polnischen Wahlen rückt, desto rigoroser werden die Maßnahmen der faschistischen Banden nicht nur gegen den antifaschistischen Arbeiter- und Bauernblock, sondern auch gegen ukrainische und deutsche Minderheiten und kleinbürgerliche Oppositionsparteien.

Die polnische Regierungspresse ermuntert die Pilsudskisten zur Durchbrechung des Wahlgeheimnisses. Sie schreibt, jeder Wähler solle im Wahllokal seinen Stimmzettel öffentlich zeigen und gleichzeitig aussagen: „Ich stimme für den Regierungsblock". Daß diese Anweisung diejenigen Wähler, die auf geheime Wahl bestehen, dem schärfsten Terror der jedes Wahllokal besetzt haltenden Faschistenbanden ausliefert, ist klar.

Zahlreiche nationalistische Zeitungen der deutschen Minderheit in Ostoberschlesien wurden verboten oder die Zeitungsboten am Austragen der Blätter verhindert.

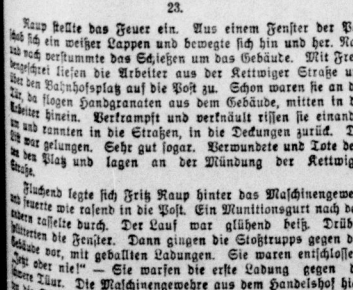
Leon Blum für „Bewaffnung der Nation"

19 Milliarden für französische Kriegsrüstungen 1931

EP. Paris, 11. November. Der sozialistische „Populaire" errechnet in seinem heutigen Leitartikel, daß die Militärausgaben Frankreichs, die von der Regierung für das Budgetjahr 1931/32 mit 12,200 Milliarden Franken angesetzt sind, sich in Wirklichkeit auf 19,019 Milliarden Franken belaufen.

Das Blatt zählt nämlich auch die während des Jahres bereits durch Regierungsdekrete oder in Ausführung des berühmten Fünfjahrplanes der **Grenzbefestigungen** nötige Summe zu den Budgetsummen hinzu, wodurch sich z. B. das Budget des Kriegsministeriums von 4,777 Milliarden Franken auf 6,946 Milliarden Franken erhöht. Das Blatt rechnet außerdem die im Budget des Innern vorgesehenen Ausgaben für die Gendarmerie und die republikanische Garde, die in den anderen Budgets für Militärzwecke verteilten Beträge, ferner die Militärpensionen hinzu.

Das pazifistische Mäntelchen, mit dem sich der „Populaire" durch diese Stellungnahme zu tarnen versuchte, wurde jedoch von Leon Blum, dem Führer der Sozialistischen Parlamentsfraktion, sofort als eiserner Kriegspanzer entlarvt, der in einer Rede sich zur „bewaffneten Nation" bekannte.



(Copyright by Internationaler Arbeiter-Verlag, Berlin.)

11. Fortsetzung.

Dann nickte sein Kopf nach vorn. Franz merkte nicht, daß er von dem Schemel wie ein Sack auf den Fußboden der Zelle fiel. — —

23.

Raup stellte das Feuer ein. Aus einem Fenster der Post stach sich ein weißer Lappen und bewegte sich hin und her. Nach und nach verstummte das Schießen um das Gebäude. Mit Freudengeschrei liefen die Arbeiter aus der Kettwiger Straße und über den Bahnhofsplatz auf die Post zu. Schon waren sie an der Tür, da flogen Handgranaten aus dem Gebäude, mitten in die Arbeiter hinein. **Verkrampft und verknäult rissen sie einander um und rannten in die Straßen, in die Deckungen zurück.** Die Post war gelungen. **Sehr gut sogar. Verwundete und Tote deckten den Platz und lagen an der Mündung der Kettwiger Straße.**

Fluchend legte sich Fritz Raup hinter das Maschinengewehr und feuerte wie rasend in die Post. Ein Munitionsgurt nach dem andern tasselte durch. Der Lauf war glühend heiß. Drüben splitterten die Fenster. Dann gingen die Stoßtrupps an das Gebäude vor, mit geballten Ladungen. Sie waren entschlossen: „Jetzt oder nie!" — Sie warfen die erste Ladung gegen die **Eiserne Tür. Die Maschinengewehre aus dem Handelshof hielten die Schützen im Bahnhof durch Dauerfeuer in Schach.** Die Sprengung donnerte. Die Tür platzte auf.

Um diese Zeit erhob sich auch im Bahnhof Geschrei. Dort waren Arbeiter von der hinteren Seite herangekommen und warfen Handgranaten. Die Stoßtrupps drängten in die Post und holten die Grünen hervor. Die flogen Hals über Kopf die Treppen herunter. Krachend schlugen die Gewehrkolben auf die Schädel.

Im Bahnhof, wo ein Teil Einwohnerwehr mitgeschossen hatte, war es ähnlich. Mit blutig gehauenen Gesichtern und zerrissener Kleidung, die Arme hochgereckt, wurden die Gefangenen abtransportiert. Einem Teil gelang es, in dem Wirrwarr zu entkommen. Der zog sich fluchtartig über die Hyssenallee nach Rüttenscheid zurück. Hinterher wälzte sich der graue, empörte Strom der Arbeiter.

„Vorwärts, zum Haumannshof! Die Politischen heraus!" Voran flinke Stoßtrupps, die den Flüchtenden auf den Fersen waren und sie nicht zur Ruhe kommen ließen. Jupp Zermack rekte sich über die Köpfe der Menschenhaufen und suchte unter den Vorbeistrebenden seinen Freund. Unter einigen bekannten Kumpelgesichtern fand er ihn.

„Fritzl Kumpel — hierher!" Zermack schaufelte mit der breiten Hand in der Luft herum, bis ihn Raup bemerkt hatte. „Jupp, gottverdammich, warte!" Dann gingen sie zusammen.

„Ob wir sie noch lebend finden?" — sagte Raup. Auch Zermack machte ein besorgtes Gesicht. „Ob wir sie überhaupt noch finden! Vielleicht liegen sie schon in irgendeinem Winkel verscharrt!"

Neben den beiden trottete ein Unikum. „Schnidder — he — Schnidder, du tolles Aas! Wofür hast du dich denn so beladen?" — lachten die, die ihn kannten. „Wie eine Bagage!" — „He Schnidder, du bist doch keene Munitionskolonne!"

Raup lachte mit. „Kennst du ihn, Jupp?" Der „Schnidder" war bisher überall zu spät gekommen. Beim Sturm auf den Viehhof hatte er sich auf der Wache verschlafen. Die Kumpels hatten ihn mit Absicht schlafen lassen. Er wurde erst wach, als die Stürmenden an der Post waren. Sofort nahm er seinen Schieß- und Wurfvorrat und ging als „Verstärkung" nach. Auch hier kam er zu spät und schloß sich nun dem Trupp Stoppenberger an, der mit zum Haumannshof marschierte. Die schwere 98er Knarre riß ihm bald die schmale Schulter ab. Er packte mit einem Seufzer den Gewehrriemen höher und lachte Zermack mit kniffligen Augen an: „Geschafft ham wir, wat meinste? Ick hem schon immer gesagt — dran! Und wi hätten die Dinger schon längst gehatt! Aber sags mal den Bonzen!" Gelächter. „Schnidder, du wirst Polizeipräsident, halt dich parat!" „'n Auto muß er haben, 'n Auto! Los, requiriert dem Schnidder een Auto!"

„Ick kann noch loopen, ihr Rotzjungen! Macht mi mol zum Polizeipräsidenten, dann hem gitt wat erlebt!" Das dünne Bärthen des Schnidders wippte. Der Schelm zwinkerte in den lustigen Augen. „Saujungens, dann wird mol exerziert, bis de Lappen stäuben!"

„Dat is Militarismus! De Bagage will den alten Drill einführen!" „Haut ihm die Jacke vull!"

Das Unikum lachte: „Dann sollste mal spannen!" Er konnte trotz aller Anstrengungen nicht Schritt halten. Die Kumpels wollten ihm das Gewehr und die Handgranaten abnehmen. „Dat jibts nicht! Ick kann doch nich ohne nach'm Haumannshof! Wenn's do wieder losgeht, dann druck eck de Dinger", sträubte er sich. — — —

Die Vordersten bogen in die Zweigertstraße ein. Die letzten Grünen hatten das Polizeipräsidium fluchtartig geräumt und sich in Richtung Mülheim zurückgezogen. — — — —

Franz Kreusat hatte Fieber. Sein Schlaf war ein krankhaftes Duseln, voll wirrer Träume und Emporschrecken. Nachts hatte er das Schießen deutlich gehört. Er verstand jetzt das Gerede der Grünen, die ihn hergebracht hatten. Mitten im Duseln war es ihm, als hätte sich das Schießen genähert. Es kam aus der Richtung der Stadt. Auch die lauten, sprengenden Knalle der Handgranaten hörte er und kämpfte mit Zweifeln und Hoffnungen. Morgens kam der Wärter mit verdrießlichem Gesicht herein und ließ ihm durch einen anderen Gefangenen die braune Brühe in den Napf füllen. Er fragte den Wärter, wo das Schießen herkäme.

„Ich weiß nichts!" erwiderte der. Der Gefangene zwinkerte Franz bedeutungsvoll mit den Augen zu. Dann krachte wieder die Tür ins Schloß. Franz zog die dünne Brühe ein und lauschte gespannt nach der Stadt hin. Es waren aufregende Stunden.

Dann hörte er Geräusche. Ein Scharren und Trappen wie von tausend Menschenfüßen. Dazwischen lautes, frohes Rufen und Geschrei. „Kommen sie?" Seine Lippen begannen zu zittern. Das Blut schoß ihm zum Kopf. „Warte — warte, Franz! Werde nicht verrückt!" Er bremste sich zur Ruhe.

Fortsetzung folgt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301113-10/fragment/page=0003

Rund um den Erdball

Windhose über Breslau

Breslau, 12. November. Ueber Breslau bildete sich gestern eine Windhose, die schwere Verwüstungen anrichtete. Viele Häuser wurden abgedeckt, die Stromleitungen zerrissen, Fenster und Türen beschädigt. Zahlreiche dicke Bäume wurden wie Streichhölzer umgeknickt. In Metkau fiel die Hochspannungsleitung auf zwei mit Pferden bespannte Fuhrwerke; zwei Pferde wurden durch den Strom getötet. In der Siedlung Tschansch deckte die Windhose die Dächer von drei Miethäusern glatt ab und schleuderte sie etwa 50 Meter weit davon.

Gegen die amerikanische Lynchjustiz

Neuyork, 12. November. In Chattanooga, im Staate Tennessee wurde vom amerikanischen Kongreß werktätiger Neger eine Konferenz für die amerikanischen Südstaaten gegen die Lynchgerichte einberufen. Die Konferenz wird Delegierte für den am 15. November in St. Louis stattfindenden Allamerikanischen Kongreß gegen die Lynchgerichte wählen. In Charlotta, im Staate Nordkarolina, wurden bereits fünf Kongreßdelegierte gewählt, darunter drei Weiße und zwei Neger. Der Konferenz, die die Wahl vornahm, wohnten 40 Vertreter der Betriebsräte und der proletarischen Organisationen des Staates Karolina bei.

Revision im Giftmordprozeß

Augsburg, 12. November. Im Giftmordprozeß gegen Frau Lutzenberger, die zum Tode verurteilt wurde, hat der Verteidiger Revision beim Reichsgericht beantragt, da die beiden Hauptentlastungszeugen unvereidigt vernommen worden waren.

Auch Japan „rüstet ab"

London, 10. November. Auf der Londoner „Abrüstungskonferenz", die von der Sozialdemokratie als „ein Schritt auf dem Wege zum Weltfrieden" bezeichnet wurde, billigten die dort vertretenen imperialistischen Mächte Japan den Bau von 12 Kreuzern der 10 000-Tonnen-Klasse zu. Japan hat sich außerordentlich beeilt, sein „Abrüstungs"-Programm zu verwirklichen. Soeben ist in Kobe bereits der elfte Kreuzer dieser Klasse vom Stapel gelaufen.

Eine Goldstadt entdeckt

Im Dickicht des kolumbischen Urwaldes

In der südamerikanischen Republik Kolumbien haben zwei Ingenieure die legendäre Goldstadt Toro Viejo entdeckt. Im Jahre 1573 wurde diese Stadt unter Führung von Francisko de Larraga von Goldsuchern gegründet.

In jener Gegend wurden große Mengen Gold gefunden. Die Angriffe der aus ihrem Besitz gedrängten Indianerstämme wurden Jahre hindurch abgewehrt, bis endlich im Jahre 1587 die Spanier ihre Arbeit einstellen mußten. Aber auch die Indianer betraten die Stadt nicht wieder, in der die „weißen Teufel" gelebt hatten. So geriet diese Fundstelle allmählich in Vergessenheit.

Die beiden Ingenieure, die nach 300 Jahren die Stadt wieder entdeckt haben, fanden im Dschungel noch allerlei Gegenstände, wie Kanonen, Lanzen, Brustpanzer, Nägel und Kochgeräte. Sie setzten ihre Ausgrabungen fort und fanden klumpenweise Alluvialgold, Spuren von Platin und Petroleumquellen. Die Stadt liegt im Südosten der Provinz Choco, der nördlichsten Provinz Kolumbiens am Pazifischen Ozean.

Der Hauptschuldige entzieht sich der Verfolgung

Noch 138 Lübecker Kinder in Gefahr

Von 253 Kindern nur noch sechs gesund

Nach dem Bericht des Elternausschusses in Lübeck, der gestern in einer öffentlichen Versammlung in Berlin gegeben wurde, sind bisher 73 Säuglinge gestorben.

Bei fünf Kindern scheint jede Rettung ausgeschlossen, 57 sind noch schwer krank und 76 Kinder sind leicht erkrankt,

zeigen aber nachweisbare Anzeichen von tuberkulöser Infektion. Von den 253 mit dem Calmette-Präparat geimpften Kindern sind im ganzen nur sechs gesund geblieben, bei 33 zeigen sich bereits positive Merkmale der Tuberkulin-Reaktion.

Ein Skandal ist das Verhalten der Behörden gegenüber den Eltern der erkrankten oder inzwischen verstorbenen Kinder. Von 83 000 Mark, die insgesamt zur Hilfeleistung zur Verfügung gestellt wurden, ist ein großer Teil für die Beerdigungskosten der verstorbenen 73 Kinder aufgebraucht, so daß jetzt

für jedes Kind etwa 1,25 Mark pro Tag

zur Verfügung stehen. Die Behörden beginnen sogar noch mit Sparmaßnahmen.

Das Verhalten der Staatsanwaltschaft bedeutet geradezu eine Unterstützung der schuldigen Aerzte. Sie hat es noch nicht einmal für nötig gehalten, eine Untersuchung gegen die Schuldigen einzuleiten! Die Aerzte, die für den Lübecker Kindermord verantwortlich sind, haben sogar eine eigene Privatpraxis in Lübeck aufgemacht.

Es wurde ferner mitgeteilt, daß Professor Deyke sich

der Verfolgung entziehen will,

indem er einem Ruf nach Konstantinopel folgt. Auch hier bleibt die Staatsanwaltschaft vollständig passiv.

Ein Bericht des amtlichen Untersuchungsausschusses stellt fest, daß in einer Reihe von Fällen die Calmette-Kulturen wieder in ihre giftige Form zurückgeschlagen sein sollen. Doch ist dieser Bericht so unklar gehalten, daß er auch nicht im entferntesten eine Aufklärung über die Ursachen des Lübecker Kindermordes bedeutet.

Sturm an der Nordsee

An den deutschen Nordseeküsten richteten die gewaltigen Stürme der letzten Tage große Verwüstungen an.

Zweiter Mordprozeß gegen Libuda

Schneidemühl, 12. November. Vor dem Schwurgericht begann gestern unter ungeheurem Andrang der Bevölkerung der zweite Prozeß gegen den Landwirt Libuda, der in der ersten Verhandlung wegen Ermordung des Viehhändlers Laasch zum Tode verurteilt wurde. Sein Komplice Baginski war wegen Mittäterschaft ebenfalls zum Tode verurteilt worden.

Es stellte sich bei der Revision dieser beiden Urteile heraus, daß Baginski an dem Mord zwar beteiligt, Libuda dagegen bei der Ermordung des Viehhändlers gar nicht zugegen gewesen war.

Libuda macht einen geistig sehr beschränkten Eindruck. Seine Aussagen sind widerspruchsvoll und unklar. Im Verhör wird festgestellt, daß er sich infolge seiner starken Verschuldung an Baginski mit diesem zu einem großen Betrug an dem Viehhändler Laasch verbündet habe. Er behauptet, nichts davon gewußt zu haben, daß Baginski Laasch ermorden wollte. Er habe geglaubt, dieser wolle den Laasch nur gehörig hineinlegen.

Nachdem Baginski Laasch in einem Walde ermordet hatte, kam er zu Libuda und bat ihn, ihm bei der Verbrabung der Leiche behilflich zu sein.

Libuda, der während der Verhandlung immer erregter wird, betont immer wieder seine Unschuld und erklärt, daß er so stark unter Baginskis Einfluß gestanden habe, daß er alles tun mußte, was dieser von ihm verlangte.

Neue Fabriken in der Sowjetunion

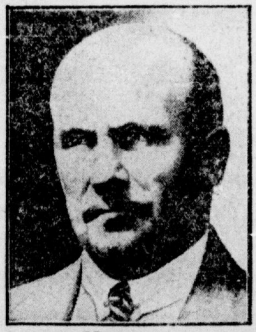
Nach einer Meldung der Gewerkschaftszeitung „Trud" werden im laufenden Vierteljahr eine ganze Reihe neue Fabriken, Werke und industrielle Anlagen fertiggestellt. Im Kohlentrust „Ugla" werden Ende Dezember 20 neue Schachtanlagen in Betrieb genommen, die 4 800 000 Tonnen Kohlen liefern werden. Im östlichen Kohlengebiet sind bereits acht neue Schachtanlagen mit einer Förderkapazität von 1 550 000 Tonnen in Betrieb genommen.

Auf den Werken „Petrowski" und „Liebknecht" in der Ukraine sind je ein Martinofen in Betrieb genommen. Auf dem Werke „Rykow" ein Hochofen und ebenso in dem Industriegebiet von Nishnij Tagil.

Zur Steigerung der Bautätigkeit sind zahlreiche Zementwerke in diesen Tagen in Betrieb genommen worden. So in Suchodolsch im Ural ein Zementwerk mit einer Produktionskapazität von 1 150 000 Sack pro Jahr; in Kalpien in Grusien ein Zementwerk mit 720 000 Sack, auf dem ukrainischen Werk „Petrowski" mit 400 000 Sack, auf der Fabrik „Worowski" in Leningrad mit 400 000 Sack und auf „Krasnij Stroitel" mit ebenfalls 400 000 Sack.

In der ganzen Sowjetunion hat die Bautätigkeit im Stoßquartal Oktober/Dezember eine ungeheure Verstärkung erfahren.

Der Sozialismus in der Sowjetunion marschiert unaufhaltsam vorwärts.



Kosola

der Führer der faschistischen Lappo-Bewegung in Finnland. Unter dem Druck der Lappo-Leute wurden die Terrorgesetze gegen den Kommunismus im finnischen Reichstag angenommen.

Soldaten und Gewehre gegen die Sowjetunion

Die Rüstungen der imperialistischen Staaten in Ziffern

Aus Anlaß der bevorstehenden Genfer „Abrüstungs"-Konferenz werden einige Ziffern über die Kriegsstärke der wichtigsten imperialistischen Länder veröffentlicht. Bei diesen Angaben fehlt selbstverständlich die wichtigste Waffe im künftigen Kriege: die chemische (Gas-) Waffe. Auch über die Leistungsfähigkeit der Flugzeuge sagt diese Tabelle nichts aus, so daß diese Liste noch als unvollständig bezeichnet werden muß. Immerhin vermittelt sie einen gewissen Ueberblick, der vor allem durch die unverhältnismäßig starke Aufrüstung der an die Sowjetunion grenzenden Länder (Polen, Rumänien) gekennzeichnet ist.

	Heeresstärke im Krieg	Maschinen-Gewehre	Geschütze leichte	Geschütze schwere	Kampfwagen	Flugzeuge
Frankreich	4 500 000	87 000	1452	1172	91½ Kompagn.	4000
Polen	3 600 000	9 700	1284	428	9 „	1300
Tschechoslowakei	1 300 000	8 400	884	412	100 Kampfwagen	800
Rumänien	2 000 000	14 098	1462	174	20 „	250
Südslawien	2 000 000	3 956	1104	178	2 Kompagn.	400
Italien	3 500 000	4 300	1200	650	15 „	1150
England	200 000	13 000	1700	400	16 „	1347
USA.	3 000 000	23 000	2500	500	25 „	2000

Mann über Bord

Wilhelmshaven, 11. November. Das Schiff „Frauenlob" ist am Montag zu einer Fischereischutzfahrt, die bis zum 5. Dezember dauert, in See gegangen. Am Dienstag vormittag bei schwerer See wurde der Heizer Jänicke über Bord gespült und ertrank, ehe er geborgen werden konnte.

Straßenbahnunglück in Bilbao

Madrid, 11. November. Infolge Versagens der Bremse fuhr ein Straßenbahnwagen auf abschüssiger Strecke auf einen anderen Wagen auf. Aus den Trümmern wurden zwei Tote und drei Schwerverletzte geborgen. 25 Personen kamen mit leichteren Verletzungen davon.

Kraftwagen vom Zuge erfaßt

Paris, 12. November. In Fontainebleau ereignete sich am Dienstag ein schweres Kraftwagenunglück, wobei zwei Personen den Tod fanden. Ein Kraftwagen konnte vor einem Bahnübergang nicht mehr rechtzeitig zum Stehen gebracht werden, durchbrach die Schranke und blieb mitten auf den Schienen stehen. Noch ehe die Insassen die Möglichkeit hatten, sich in Sicherheit zu bringen, raste ein Zug vorbei und riß nur noch einen wüsten Trümmerhaufen zurück, aus dem man die Leichen der beiden Insassen barg.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301113-10/fragment/page=0004

Aus der Arbeit der R.G.O.

Nr. 267 — 10. Jahrg. 1. Beilage — Klassenkampf — Donnerstag, 13. November 1930

Achtung, Landproleten! — Berufsmelker! — Diskutieren und handeln!

Schafft die revolutionäre Kampfeinheit

Ein trefflicher Brief, den wir kommentarlos bringen und der zur RGO.-Arbeit auf dem Lande anspornt

Können, im November 1930.

Werte Genossen!

Anbei übersende Ich Euch einen Artikel, der hauptsächlich an meine Berufskollegen (Berufsmelker) betreffs Bildung von RGO.-Gruppen appelliert. Obwohl der größte Teil derselben noch unter dem Einfluß der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie steht, habe ich in letzter Zeit schließen können, daß viele Kollegen sich der kommunistischen Agitation bedeutend zugänglicher zeigen. Ich bin überzeugt, daß der beiliegende Artikel bei manchem Kollegen auf fruchtbaren Boden fallen wird, besonders, da die allgemeinen Lohnverhältnisse sich im Laufe des letzten Jahres nicht unerheblich verschlechtert haben.

Mit mehreren anderen gleichgesinnten Kollegen beabsichtige ich demnächst eine RGO.-Ortsgruppe von Melkern und Landarbeitern zu schaffen und erhoffe durch den Abdruck des Artikels etwas Diskussionsstoff unter die Kollegen zu werfen. Die Beteiligung der Berufsmelker würde einem eventuellen Landarbeiterstreik im nächsten Jahre ein viel schärferes Gepräge geben, was sich besonders auf den größeren Gütern zu einem für die Landjunker unerträglichen Druck steigern für die Arbeiter aber zur Stärkung der Kampfkraft auswirken würde, da bei Streiks die Beschreitung großer Liebesdienste, insbesondere das Melken, fast unüberwindlich große Schwierigkeiten bereiten würde.

Die Zahl der Berufsmelker in Deutschland beträgt schätzungsweise 80 000 bis 100 000, wovon etwa 15 000 bis 20 000 im Allgemeinen Melkerbund, Sitz Leipzig (ADGB.), organisiert sind. Der Tarif ist äußerst kompliziert und vielfach zonenweise gestaffelt. Unter den Lohnen sind sehr viele mit der RGO. und der KPD. Sympathisierende, während unter den Altern Obermelkern meistens Christlichen und Stahlhelmer zu finden sind. Letztere allerdings meist weniger aus Überzeugung, als vielmehr aus dem Bestreben, ihre Existenz sicherer zu stellen.

Mit revolutionärem Gruß

Euer ....

Nachdem durch den Ausfall der Septemberwahlen eine erfreuliche Anzahl der kommunistischen Stimmen auf dem Lande festzustellen war, dürfte es nunmehr an der Zeit sein, daß sich die verschiedenen politischen Berufsgruppen auf ihre revolutionäre Pflicht besinnen. Als Berufsmelker möchte ich vor allen Dingen mal an die Kollegen wenden, die noch immer der Ansicht sind, daß wir Melker es bei der scheinbar besseren Entlohnung unserer Berufsgruppe nicht nötig hätten, uns mit den noch schlechter bezahlten Deputanten und Saisonarbeitern in eine geschlossene Solidaritätsfront einzureihen.

Wenn Ich habe absichtlich den Ausdruck gebraucht, daß unsere Entlohnung nur eine scheinbar bessere ist, als die der übrigen Landarbeiter. Angesichts der uns von den ausbeuterischen Landwirten in reichstem Maße aufgehalsten vielfachen und schwierigen Arbeitsbedingungen ist es eine durchaus falsche Einschätzung unserer Lage von einer besseren Entlohnung zu sprechen.

Abgesehen von dem Umstand, daß unsere Arbeitswoche keinen Sonntag kennt, sind wir obendrein noch vielfach gezwungen, bei Krankheitsfällen im Stalle und beim Abkalben der Kühe unsere dringende Nachtruhe zu opfern — ohne dafür eine Entschädigungsanspruchen zu können, da der Tarif diese Extraleistungen als Selbstverständlichkeiten übergeht. Außerdem ist der Tageslohn von 90 pfg. pro Stunde Grosspieh im Verhältnis zu der erforderlichen Arbeitszeit lächerlich gering, daß man sich nur immer wieder fragen muß, daß die Kollegen diese Schandlöhne widerspruchslos einstecken.

Es ist keine Seltenheit, daß in vielen Betrieben, besonders die Freiarbeiter mit ihrem Lohn für siebentägige Schufterei, nicht einmal an das Niveau der ledigen Geschirrführer heranreichen.

Es ist erklärlich, aber nicht zu entschuldigen ist diese Passivität in den Reihen nur durch die Verräterpolitik unserer sauberen Gewerkschaftsbonzen, die nicht müde werden, den Kollegen immer und immer wieder von der Not der „armen Agrarier" zu erzählen.

Wenn unsere wohlbezahlten, in Vollmast stehenden Gewerkschaftsbonzen so weiter machen, dann werden wir es nächstens so weit bringen, daß dieselben uns das Anerbieten machen, nur noch für einen Lohn zu arbeiten, damit das Krautjunkertum nur zu geringem Profit einzubüßen brauchte. Der Leipziger Melkerbund zeigt die typische Entwicklung einer unter reformistischem und bürgerlichem Arbeiterorganisation. Eine ganze Reihe von bezahlten Funktionären mit Anhang hat sich von unseren Mitgliedern eine geruhsame Existenz geschaffen. Ein gutbürgerlich Leben führend, kennen diese Parasiten nur den einen Wunsch, einen nahrhafte Zustand ein immerwährender sein möge.

Kein Mensch kann abstreiten, daß viele unserer Bundeskanonen seit 15 bis 20 Jahren auf unsere Kosten ein behagliches Dasein genießen. Im Besitze eines strammen Bäuchleins haben diese Nutznießer unserer Kritiklosigkeit jeden Willen und sogar auch die ideelle Befähigung verloren, im Kampfe gegen unsere Ausbeuter unsere Führer zu sein.

Ein einleuchtender Beweis für die in unseren Funktionärkreisen herrschende Korruption ist die himmelschreiende Handhabung der verschiedenen Verbands-Stellenvermittlungen. (In Leipzig sowie auf den Bezirksleitungen. Der Ver.)

Haben nicht die meisten von uns schon das „Glück" gehabt, mit eigenen Augen sehen zu können, daß ein delikater Schinken oder ein diskret „geliehener" 20- oder 50-Mark-Schein das Vermittlungsgeschäft geradezu wunderbar beschleunigen kann, selbst wenn noch so viele arbeitslose Kollegen schon tage- oder wochenlang ohne Erfolg die Bundesvermittlung in Anspruch genommen haben?

Wann hat der Leipziger Mastklub jemals einen ernstlichen Versuch gemacht, das Hauptübel unseres Berufes, die niederträchtige Arbeitspflicht für die Frauen der verheirateten Melker abzuschaffen?

Hat man uns nicht auch versprochen, daß man nach Durchführung der staatlichen Prüfungen für eine bessere Bezahlung und allgemeine Hebung unseres Berufes eintreten würde? Die Gegenwart zeigt uns, daß es der reine Hohn wäre, von einer Hebung unserer Lage zu sprechen. Wo bleiben die 720 000 Mark jährlicher Mitgliedsbeiträge, die wir aufbringen? Eine Streikkasse existiert nicht und sie ist auch nach Ansicht der „ruheliebenden" Verbandsleitung für uns nicht notwendig. Man sucht uns von Leipzig aus immer wieder einzupauken, **daß wir nicht in der Lage seien, etwaige weitergehende Forderungen eventuell durch Streik zu erzwingen (!).**

Kollegen! Man verschwindet uns in verräterischer Absicht, daß wir, die wir den empfindlichsten Teil der Landwirtschaft zu bearbeiten haben, sehr wohl befähigt sind, unsere berechtigten Forderungen zu erkämpfen, allerdings nur dann, wenn wir nicht eigenbrötlerisch vorgehen, sondern unsere Forderungen mit denen der Landarbeiter solidarisieren. Dann erst sind wir eine unwiderstehliche Macht, wenn wir uns mit dem ebenfalls bis aufs Blut ausgeplünderten Landproletariat zur gemeinsamen Aktion verbünden.

Ein geschlossener Streik der Landproleten mit Einschluß der Melker und Viehpfleger wäre ein Angriff, den die Güter mit mittleren und größeren Viehbeständen auch nicht 48 Stunden ohne riesige Verluste ertragen könnten.

Daß unsere Verbandsbürokratie die aktive Einsetzung der trotz unserer relativ geringen Zahl gewaltigen Kampfkraft unserer Berufsgruppe bisher mit allen möglichen demagogischen Mätchen verhindert hat, ist ein verbrecherischer Verrat an unseren ureigensten Interessen. Statt dessen haben sich die Bonzen redlich bemüht, in unseren Reihen einen lächerlichen und idiotischen Berufsdünkel heranzuzüchten, wohl wissend, daß dies eines der besten Mittel ist, unser solidarisches Zusammengehen mit den übrigen Landarbeitern zu verhindern. Unter dem Vorwand, daß wir ein unpolitischer und wirtschaftsfriedlicher Verband sind, hat man Stahlhelmer und Mitglieder anderer arbeiterfeindlicher Verbände liebevoll aufgenommen.

Wir klassenbewußten Arbeiter erkennen Stiefelputzer der Ausbeuter nicht als vollwertige Kollegen an. Was natürlich nicht bedeutet, daß man Stahlhelmer, die man für uns gewinnen kann, nicht gewinnen soll. Der treueutische, biergewaltige Stahlhelm-Obermelker vom Rittergut Gnölbzig, gleichzeitig Vorsteher der Melkerortsgruppe Könnern, wird jedenfalls von seinem als richtige Agrarierblüte bekannten Brothern stets die richtigen Instruktionen in die Versammlungen mitbringen. Weg mit allen Spießelkern aus unseren Reihen!

Kollegen! Es gibt nur eine Organisation, die wirklich gewillt und fähig ist, uns im Kampfe für unsere Lebensinteressen zu führen. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition organisiert unter dem Banner der roten Gewerkschaftsinternationale den Abwehrkampf auf der ganzen Linie gegen Lohndruck und Arbeitslosigkeit. Schüler an Schulter mit allen Unterdrückten und Ausgebeuteten von Stadt und Land wollen wir unser Teil dazu beitragen, die Macht der kapitalistischen Profitschinder zu stürzen und uns ein freies Sowjet-Deutschland zu erkämpfen.

Jeder Berufsmelker muß Mitglied der RGO. werden. Jeder beteilige sich unverzüglich an der Bildung von Gutszellen!

Achtung! — Achtung!

Eisenbahner, Beamte, Werkstättenarbeiter!

Am 14. November, Freitag, abends 8 Uhr, findet im „Deutschen Gesellschaftshaus", Leipziger Straße, eine

große öffentliche Eisenbahnerversammlung

statt. Als Referent erscheint der Kollege Chwalek, M. d. R. und Vorsitzender des Reichsbahnbetriebes Königsberg.

Tagesordnung: 5. RGI.-Kongreß. Die augenblickliche Lage im Reichsbahnbetrieb. Kurzarbeit. Arbeitszeitabkommen. Auf Grund der gespannten Lage innerhalb des Reichsbahnbetriebes ist es notwendig, daß alle Eisenbahner sich Aufklärung holen.

Heraus zur Versammlung!

Oppositionsmimer im Verband der Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter

A.-K. Im Organ des genannten Verbandes, in der Nummer vom 6. November, wird ein Artikel gebracht, betitelt „Steuerunfug". Dort wendet sich ein Verbandsbonze gegen die Sozialdemokratische Partei, die zur Sanierung des bayrischen Etats mit der Bayerischen Volkspartei eine Koalition einging. Der Bonze schreibt wörtlich:

„Die Sozialdemokratische Partei wird doch nicht der Arbeiterschaft plausibel machen wollen, daß sie mit der Einführung dieser Steuer (es handelt sich um die Schlachtsteuer) sich bei der werktätigen Bevölkerung eines besonderen Ansehens erworben hat."

Es folgen dann noch Formulierungen, daß die Arbeiterschaft die Leidtragende ist und auf sie alle Lasten abgewälzt werden. Aber Schlüsse werden nicht im Geringsten gezogen. Die Verbandsbonzen des Nahrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes denken nicht daran, Forderungen für die Arbeiterschaft zu präzisieren, sie denken nicht an Kampf, sie schreiben nur ein bischen gegen die SPD., um damit ihre sonstige Haltung und ihre arbeiterfeindliche Politik zu vertuschen. Die „Neutralität" dieser Sorte Gewerkschaftsbonzen kennen wir zur Genüge.

Nahrungsmittel- und Getränkearbeiter, Euer Platz ist nur in der RGO.! Die Bonzen mögen schmieren, was sie wollen. Eure Geschicke liegen in Eurer eigenen Hand. Schafft Betriebsgruppen der RGO. in allen Betrieben!

„Milka"-Belegschaft für Beschlüsse des 5. RGI.-Kongresses

A.-K. Eine gutbesuchte Belegschaftsversammlung der „Milka" bei Wittenberg nahm nach einem Referat der Genossin Klara Münzer den Bericht vom 5. RGI.-Kongreß und der Lage der russischen Arbeiterschaft entgegen. Mit Beifall wurde das Referat aufgenommen und der Grundstein zu einer Betriebsgruppe der RGO. gelegt. Eine Protestentschließung gegen den Polizeiterror im Zahnaer Streik wurde angenommen. Die Versammelten forderten Freilassung der bisher Verhafteten und Zurückziehung der Polizei. (Inzwischen ist das nun geschehen. D. Red.) Eine Sammlung für die Streikenden in Zahna wurde eingeleitet. Ein Betrag von 20 Mark kam zustande. Die Kollegen versprachen, diesen Betrag noch zu verdreifachen. Jeder der Anwesenden war sich klar, daß es heißt, die Beschlüsse des 5. RGI.-Kongresses nicht nur zu billigen, sondern sie praktisch durchzuführen.

Zur Tariffähigkeit der oppositionellen Verbände

(Aus der Zeitschrift „Betrieb und Gewerkschaft" entnommen)

Daß das Vorhandensein oppositioneller Verbände, die aus den freigewerkschaftlichen Gewerkschaften ausgeschlossen wurden und der RGO. angeschlossen sind, wird es für unsere Genossen notwendig sein, vor den Arbeitsgerichten die Mitglieder der Verbände in gewerblichen Streitsachen zu vertreten. Aus diesem Grunde wird uns mit der Tariffähigkeit der oppositionellen Verbände befassen. Nach § 10 und 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes ist das Auftreten vor dem Arbeitsgericht nur den Vertretern wirtschaftlicher Vereinigungen gestattet. Wir haben daher bei Streitsachen zu vertreten, daß unsere Genossen, welche oppositionelle Arbeiter vor dem Arbeitsgericht vertreten, zurückgewiesen werden. Wer in Berlin vor dem Arbeitsgericht auftritt und nicht Vertreter einer wirtschaftlichen Vereinigung ist, wird wegen Geschäftsmäßigkeit als Vertreter vor dem Arbeitsgericht ausgeschlossen.

Es ist nun mit den oppositionellen Verbänden? Die oppositionellen Verbände stellen zweifelsohne eine wirtschaftliche Vereinigung dar, und demnach müßten sie befugt sein, die Mitglieder dieser Verbände vor dem Arbeitsgericht zu vertreten. Wir haben uns bereits dahin geäußert, daß das reaktionäre Klassengericht auch die Vertretung der oppositionellen Verbände vor dem Arbeitsgericht ausschließen wird, da nach seiner Meinung die Voraussetzung für die §§ 10 und 11 des Arbeitsgerichtsgesetzes nicht gegeben ist.

Es sind dies begründet auf verschiedene Art und Weise. Hierzu ist die Gewerkschaftsbürokratie mit Hilfe des VBMV. die Dienste.

Es ist daher notwendig, um den Kampf um unsere Zulassung vor den Arbeitsgerichten zu führen, davon auszugehen, daß das Reichsarbeitsgericht in seinem Urteil vom 10. Oktober 1928 ausdrücklich die Tariffähigkeit einzelner Verbände Stellung genommen hat. Das Urteil ist ausdrücklich festgelegt, daß als wirtschaftliche Vereinigung diejenigen Vereinigungen gelten, die Tariffähigkeit

Die Tariffähigkeit ist dann zu bejahen, wenn in einer Organisation Arbeitnehmer oder Arbeitgeber in einheitlicher Front vereinigt sind. Wenn man hiervon ausginge, so wäre zweifellos die oppositionelle Gewerkschaft tariffähig. Wie sich nun das Reichsarbeitsgericht im einzelnen zu den Vertretern der oppositionellen Verbände stellt, soll hiermit an einigen Beispielen erläutert werden.

Der Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Branche der Eisendreher, Revolverdreher, Dreher und Rundschleifer (Opposition), ist von der 30. Kammer des Arbeitsgerichts Berlin zugelassen worden, weil der Verband eine wirtschaftliche Vereinigung im Sinne der §§ 10 und 11 des ArbGG. darstellt und wirtschaftliche Ziele verfolgt, was aus den Statuten des Verbandes ausdrücklich hervorgeht. Die 28. und 29. Kammer des Arbeitsgerichts steht jedoch auf dem Standpunkt, daß die Tariffähigkeit deshalb abzusprechen sei, weil in dem § 1, Abs. 5, geschrieben steht, daß die wirtschaftlichen Ziele erreicht werden sollen auf dem Wege des revolutionären Klassenkampfes. Auf die Zurückweisung des Vertreters des Verbandes hat der klagende Kollege beim Landesarbeitsgericht Beschwerde erhoben. Von der 5. Kammer, Aktenzeichen 105. T. 190/30, ist die Beschwerde zurückgewiesen worden, also die Tariffähigkeit verneint und demnach dem Vertreter des Verbandes das Auftreten vor dem Arbeitsgericht untersagt.

In der Begründung ist die Tariffähigkeit deshalb verneint, weil im Statut des Verbandes geschrieben steht:

„Die Organisation steht auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes und will ihre Mitglieder in diesem Sinne schulen und bilden."

Trotz dieses Beschlusses ist der Vertreter des Verbandes wiederum aufgetreten und ist von der gleichen Kammer, von der 28./29., wiederum zurückgewiesen worden. Gegen diese Zurückweisung hat der Kläger wiederum beim Landesarbeitsgericht Beschwerde erhoben. (Wir bemerken, daß in solchen Fällen niemals der Prozeßvertreter, sondern nur die klagende Partei Beschwerde beim Landesarbeitsgericht einlegen kann.)

Auf Grund der eingereichten Beschwerde, welche später wie die oben angeführte erfolgte, ist von einer anderen Kammer des Landesarbeitsgerichts (Akt.-Z. 101. T. 252/30) die Tariffähigkeit des Verbandes bejaht worden und der angefochtene Beschluß aufgehoben und der Vertreter des Klägers beim Arbeitsgericht zugelassen worden. In der Begründung dieses Beschlusses wird im Gegensatz zu dem anderen, oben angeführten Beschluß, 105. T. 190/30, folgendes gesagt:

„Das Arbeitsgericht entnimmt der Satzung des genannten Verbandes, daß sein Hauptziel die Organisierung des revolutionären Klassenkampfes sei und daß die Bestimmung in § 1 Abs. 5, dieses Ziel auch durch Abschluß von Tarifen zu erreichen, mit der Hauptaufgabe im Widerspruch stehe. Das Arbeitsgericht ist der Ansicht, daß der Verband nicht fähig und gewillt ist, im Rahmen der gesetzlich geltenden Ordnung sich an der tollektiven Regelung der Arbeitsbedingungen zu beteiligen. Diese Begründung erscheint jedoch nicht ausreichend, um den Charakter als wirtschaftliche Vereinigung dem Verbande abzusprechen."

Das Landesarbeitsgericht verweist ferner darauf, daß es genügt, sich auf das Urteil des Landesarbeitsgerichts vom 11. August 1929 in Sachen Dzida gegen Lesser — 101. S. 445/29 — zu verweisen. In diesem Urteil ist die Tariffähigkeit der kommunistischen Industrieverbände bejaht worden. Es wird also notwendig sein, daß wir uns auf diese oben angeführten grundsätzlichen Entscheidungen berufen, um mit aller Energie zu versuchen, die Mitglieder der oppositionellen Verbände vor dem Arbeitsgericht zu vertreten.

Wir können desgleichen mitteilen, daß auch die Zweite Kammer des Arbeitsgerichts — Akt 102. T 294/30 — ausdrücklich die Tariffähigkeit des DMVV., Branche der Eisendreher usw., bejaht hat und den angefochtenen Beschluß aufhob und den Vertreter des Verbandes beim Arbeitsgericht zugelassen hat. Genau so steht die Frage beim DMVV., Branche der Eisenformer und Berufsgenossen. Auch hier ist — Akt. 30. A. C. 681/30 — der Vertreter des Verbandes, Hein, zugelassen worden. Auf dem Arbeitsgericht in Berlin besteht nunmehr nur noch die Schwierigkeit auf einer Kammer, und zwar die 28./29., Metallkammer. Der Vorsitzende dieser Kammer lehnt grundsätzlich jeden oppositionellen Vertreter ab. Es war z. B. zu verzeichnen, daß er, als ein Vertreter des oppositionellen Verbandes auf Grund der Zurückweisung nicht gleich zurückkrat, eine Ordnungsstrafe von 100 Mark über den Kollegen verhängte. Dadurch leistet er der Gewerkschaftsbürokratie und dem Vertreter des VBMV. die besten Dienste.

Wir haben jetzt auf Grund der Stellungnahme dieser Kammer durch den Vertreter des DMVV., Branche der Eisendreher, Revolverdreher und Rundschleifer (Opposition), beim Landesarbeitsgericht Berlin gegen eine abweisende Klage Berufung eingelegt. Das Landesarbeitsgericht wird nunmehr nicht umhin können, zu prüfen, ob die von dem Vertreter eingelegte Berufung frist- und formgerecht erfolgt ist. Denn bekanntlich dürfen beim Landesarbeitsgericht nur Rechtsanwälte oder Vertreter von Verbänden Berufung einlegen. Wir werden über die Stellungnahme dieser Kammer, ob sie die Tariffähigkeit bejaht oder nicht, in der nächsten Nummer Bericht geben, da der Termin erst am 30. Oktober stattfindet.

Wir sehen, daß die Arbeitsgerichte in dieser Frage eine verschiedentliche Stellungnahme einnehmen. — Dieser Kampf, der sich hier abspielt, ist ein Klassenkampf der Bourgeoisie, der mit ihr verbündeten reformistischen Gewerkschaftsbürokraten gegen die RGO. zur Erhaltung der Monopole und Privilegien der reformistischen Bürokratie. Die RGO. muß diesen Kampf führen durch Mobilisierung der Arbeitermassen in den Betrieben und Gewerkschaften zur Durchbrechung und Vernichtung der reformistischen Monopole und Beseitigung der bürgerlichen Klassenjustiz.

M. Wachtel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301113-10/fragment/page=0005

HALLE

Donnerstag, 13. November 1930.

Preissenkungs-Schwindel auch in Halle

Wie die bürgerliche Presse freudestrahlend mitteilt, hat der Magistrat der Stadt Halle auf Grund der Beschlüsse des Städtetages die Absicht, in der nächsten Sitzung die Maßnahmen zur Senkung der Preise für die wichtigsten Lebensmittel zu erörtern.

Der Magistrat will also zunächst mal erörtern, ob die Senkung der Preise möglich ist. Das Resultat der Erörterungen wird im wesentlichen von den Verhandlungen mit den in Frage kommenden Wirtschaftszweigen abhängen.

Seit dem schändlichen Schiedsspruch gegen die Berliner Metallarbeiter, der einen achtprozentigen Lohnraub vorsieht, ist der Preisabbau die große Mode geworden. Jedermann fragt sich aber: Wenn man durch den Preisabbau den breiten Verbrauchermassen schon helfen will, warum baut man dann überhaupt die Löhne ab? Erst Lohnraub und hinterher Abbau der Preise — ist das nicht verdächtig? Wozu dann überhaupt der Lohnabbau?

Des Rätsels Lösung ist die: Die sogenannte Preissenkungsaktion ist ein großer Schwindel. Mit diesem Schwindel soll den Arbeitern nur der Lohnraub schmackhaft gemacht werden. Und darauf kommt es an. Mit dem Köder Preisabbau sollen den Arbeitern überall die Löhne gekürzt werden. Daß die Kapitalisten gar nicht daran denken, sich durch eine nennenswerte Preissenkung den Lohnraub illusorisch machen zu lassen, beweist auch die Aeußerung des Reichsarbeitsministers Stegerwald, der gesagt hat, daß der Lebensstandard der Bevölkerung „im Interesse der Wirtschaft" um mindestens 5 Prozent gesenkt werden müsse. Und dann ist die mit so großem Tamtam angekündigte „Preissenkungsaktion" in Berlin schon so gut wie zusammengebrochen.

Der hallische Magistrat sagt sich aber, wo alles dazu übergeht, durch den Preisabbauschwindel die Massen zu täuschen und übers Ohr zu hauen, kann ich mich nicht ausschließen.

Die Arbeiterschaft fällt auf diesen Schwindel nicht herein. Sie wird sich unter der Führung der RGO sammeln zum Kampf gegen jeden Lohnraub und für Lohnerhöhung!

Jungkommunisten! Jungarbeiter von Halle!

Am Freitagabend heraus zur Kampfdemonstration gegen Nazi-terror! Erscheint in Massen! Antreten abends 7 Uhr auf dem Paradeplatz!

In der letzten Zeit häufen sich die Ueberfälle nationalsozialistischer Terrorbanden auf junge Arbeiter. Planmäßig organisierte Attacken auf Jugendliche, die von Veranstaltungen kommen oder gerade das Versammlungslokal verlassen, sind an der Tagesordnung! Die Nazis versuchen durch diese terroristischen Anschläge die aufklärende Arbeit der antifaschistischen Organisationen und der Jungkommunisten unter den irregeführten Nazi-Arbeitern unmöglich zu machen. Wir antworten ihnen auf ihren Terror: Schmiedet die Kampffront gegen den Faschismus fester! Her zu den Kampforganisationen des Jungproletariats! Her zum KJVD. Hinein in die antifaschistische Junge Garde!

Hungerst eik eines Untersuchungsgefangenen

Der Arbeiter Kuberitz aus Halle wurde, wie wir am Sonnabend im „Klassenkampf" ausführlich berichteten, auf Grund der Vorgänge im Dezember des vorigen Jahres mit der hallischen Polizei wegen „Landfriedensbruches" zu einer Gefängnisstrafe von einem Jahr (!) verurteilt. Der verurteilte Arbeiter, der gegen dieses Machurteil der Klassenjustiz sofort Berufung eingelegt hat, wurde sofort in Haft genommen und ist nach seiner Einlieferung in das Untersuchungsgefängnis am Freitag voriger Woche aus Protest gegen das Schandurteil und seine willkürliche Verhaftung in den Hungerstreik getreten. Am Dienstagmittag wurde der Arbeiter aus dem Untersuchungsgefängnis entlassen. Der Verurteilte ist verheiratet und hat vier Kinder und ist seit über einem Jahr erwerbslos.

Mutter und Kind im brennenden Dachgeschoß

Im Hause Herderstraße 12 brach gestern vormittag gegen 10.45 Uhr ein Dachstuhlbrand aus, der gefährliche Ausdehnung annahm. Eine Frau und ihr Kind kamen dadurch in höchste Gefahr. Mit Hilfe eines Leinen-Rettungsapparates wurden jedoch beide von der Feuerwehr in Sicherheit gebracht.

*

Der zuerst eintreffende Zug 1 der Hauptfeuerwache fand einen stark verqualmten und zur Hälfte brennenden Dachstuhl vor. Hausbewohner riefen der Feuerwehr zu, daß in einer Dachgeschoßwohnung

eine Frau und ein Kind in Gefahr

seien. Die über das Treppenhaus vorgehenden, mit Gasschutzgerät ausgerüsteten Mannschaften konnten, durch Qualm und Stichflammen gehindert, nicht bis zur Dachwohnung vordringen. Ein anderer Rettungstrupp benutzte straßenseitig eine mechanische Drehleiter, während hofseitig mit Schiebeleiter und Hakenleitern die in Gefahr befindlichen Personen mit dem Leinen-Rettungsapparat gerettet wurden.

Mit dem Eintreffen je eines Löschzuges der Süd- und Nordwache wurden nach und nach vier Schlauchleitungen über zwei mechanische Drehleitern, Hakenleitern und Treppenhaus vorgenommen und das Feuer zum Stehen gebracht. Um 11.20 Uhr war die Gefahr behoben. Die Aufräumungsarbeiten dauerten noch eine Stunde. Eine Brandwache verblieb noch längere Zeit auf der Brandstelle. Ueber die Brandentstehung schweben zur Zeit noch Ermittelungen.

Brandstifter am Werke

Gestern gegen 19.30 Uhr ist im Grundstück Ludwig-Wuchererstraße 3 eine Brandstiftung versucht worden. Der Täter hat aus einer auf dem Boden stehenden Truhe Papier und Wäsche entnommen und in Brand gesetzt. Das Feuer wurde von einer Hausbewohnerin entdeckt und gelöscht. Die Bodentür und Dielen waren bereits angebrannt. Der Sachschaden ist nur gering. Ermittlungen nach den Tätern sind eingeleitet.

Hammelfleisch mit Radiomusik

In der vergangenen Nacht ist aus einem Fleischerladen in der Rudolf-Haym-Straße durch das Oberlichtfenster ein Posten Hammelfleisch gestohlen worden. In derselben Nacht ist in ein Radiogeschäft auf dem Moritzzwinger eingebrochen worden. Gestohlen sind drei Stück Mendeapparate E. 38 und E. 52 mit drei Röhren, vier Stück Telefunkenapparate, Arcolette 3 und 4-fach zu drei und vier Röhren, ein Selbstapparat E. J. 382, eine Philippsnetzanode R. 3003, zwei Tischlampen mit belgefarbigem und blauem Schirm und eine Anzahl Röhren im Karton.

Neues aus der „Schulstadt Halle"

Der hallische Magistrat geruht zu sparen

Etwas von dem Dreck, den die Kinder in den hallischen Schulen einfressen müssen

Halle, die „Schulstadt", macht wieder einmal von sich reden. Die städtische Schulverwaltung beschäftigt eine Anzahl von Arbeiterfrauen, die in den hallischen Schulen als Reinemachefrauen tätig sind. Diese Frauen wurden bisher in der Woche 23 Stunden beschäftigt und erhielten für die Stunde 45 Pfennige. In der letzten Zeit ist der Magistrat — anscheinend aus Sparsamkeitsgründen — dazu übergegangen, die Arbeitszeit der Reinemachefrauen in den städtischen Schulen von 23 auf 17½ Stunden zu verkürzen. Abgesehen davon, daß diese Verkürzung der Arbeitszeit eine Schmälerung des Lohnes dieser Reinemachefrauen bedeutet, so hat dieselbe noch eine Reihe anderer Auswirkungen zur Folge. Die Klassenräume in den Schulen können infolge der Herabsetzung der Arbeitszeit nicht mehr mit der Gründlichkeit und Sorgfalt gereinigt werden wie bisher. Vielfach bleibt der Dreck ein oder zwei Tage in den Schulklassen liegen. In diesen Fällen müssen dann die Schulkinder während des ganzen Unterrichts, also

kundenlang in ungereinigten Klassenräumen verweilen und den vom Tage vorher liegengebliebenen Dreck und Staub einatmen.

Daß dies eine erhebliche gesundheitliche Schädigung der Schulkinder bedeutet, liegt auf der Hand.

Am Dienstag der nächsten Woche soll in mehreren Volksschulen eine ärztliche Untersuchung der Kinder durch den Kreisarzt vorgenommen werden. Aus diesem Grunde sind die Reinemachefrauen angewiesen worden, eine gründliche Reinigung der Räume und Klassen dieser Schulen vorzunehmen und müssen sogar Ueberstunden arbeiten.

Wenn also „hoher Besuch" kommt, dann legt die hallische Schulverwaltung äußersten Wert darauf, daß die Schulklassen hübsch und sauber sind, damit auf Magistrat und die Schulverwaltung kein Tadel fällt und der „Ruf" der Schulstadt nicht in Mitleidenschaft gezogen wird. Wenn dann der Herr Kreisarzt wieder über Berge ist, dann müssen die Reinemachefrauen wieder pudern, sie bei 17½stündiger Arbeitszeit mit der Reinigung der Schulklassen fertig werden. Dann ist es nach der Meinung der Schulverwaltung auch nicht mehr nötig, daß alle Schulklassen täglich gründlich von Dreck und Staub befreit werden. Mögen dann die Arbeiterkinder diesen Dreck einfressen.

So wird in den hallischen Schulen „Gesundheits- und Sparpolitik" gemacht. Den Sparsamkeitssinn des Magistrats in allen Ehren, aber diese Methode ist denn doch etwas starker Tabak. Nur um den Reinemachefrauen nicht einen höheren Lohn bezahlen zu müssen, wird deren Arbeitszeit herabgesetzt, ohne auf die hygienischen Verhältnisse in den Schulen und den Gesundheitszustand vor allem der Arbeiterkinder Rücksicht zu nehmen.

Die Arbeitereltern haben allen Grund, sich mit diesem Skandal einmal zu beschäftigen. Ueberdies wird die kommunistische Stadtverordnetenfraktion in der nächsten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung die Angelegenheit zur Sprache bringen.

Wie Rektor Görsch die Spargelder im AKV. abholte

Entrüstungssturm in der Elternversammlung der Weitlichen Schule gegen die Genossenschaftsfeindlichkeit

Die Abstimmung der Eltern der weitlichen Klassen in der Schillerschule gegen die Abhebung von Spargeldern aus dem Allgemeinen Konsumverein durch den sozialdemokratischen Rektor Görsch veranlaßte die am Dienstag einberufene Elternversammlung der weitlichen Schule Nord, sich ebenfalls ausgiebig mit dieser Frage zu beschäftigen. Denn es hat sich herausgestellt,

daß Görsch, ohne den Elternbeirat oder sonst jemand zu fragen, bereits am 13. August, also während der Genossenschaftswoche, das Spargeld aus dem AKV. abgehoben hat.

Die Empörung der versammelten Eltern über diesen Schandstreich kannte keine Grenzen. Arbeiter, die nicht der Kommunistischen Partei angehören, warfen ihm vor, daß er sie betrogen habe. Es hätte sich jetzt gezeigt, daß es die Sozialdemokraten sind, die trotz ihres Neutralitätsgeschreis Politik in die Schule brächten. Görsch begegnete allen Vorwürfen mit der provokatorischen Erklärung: „Seit der Umstellung der Leitung im AKV. kann man zu dem Konsum kein Vertrauen mehr haben." Außerdem will er

„auf Anraten eines Verwaltungsmitgliedes, nämlich des Aufsichtsratsmitgliedes im AKV., Förster, das Geld von der Sparkasse geholt haben."

Förster gab dies unumwunden zu und dokumentierte dadurch wieder, daß die Einheitsfront zwischen der Sozialdemokratie und dem Brandlerismus nicht erst seit heute und gestern besteht, sondern von Anfang an gegen die proletarische Leitung des Allgemeinen Konsumvereins bestanden hat.

Die Entrüstung der Elternversammlung über diese genossenschaftsfeindlichen Maßnahmen ging dem Sozialfaschisten Görsch derart auf die Nerven, daß er einen Antrag, ob die Eltern mit Görschs Verhalten einverstanden seien, überhaupt nicht zur Abstimmung zuließ. Die Abstimmung darüber, daß das Spargeld wieder dem AKV. zugeführt werden soll, wurde dadurch hinausgeschoben, daß man sie den einzelnen Klassenversammlungen überwies.

Wir sind der Ueberzeugung, daß diese Abstimmung ein gleiches vernichtendes Resultat für die sozialfaschistischen Genossenschaftsspalter haben wird wie das in der Schillerschule. Und wenn Herr Görsch nach diesen Beschlüssen weiterhin die von ihm so gerühmte Demokratie mit Füßen tritt, werden die Eltern ihr Geld selbst von der Bank, auf der es jetzt liegt, abheben und es

auf die Hausparkasse des AKV. einzahlen.

Diese Auseinandersetzungen in der weitlichen Schule haben vielen Arbeitereltern, die bisher noch abseits standen, die Augen geöffnet über das bodenlos hinterhältige Treiben der SPD. gegen den Arbeiter-Konsumverein. Die Aufnahme neuer Mitglieder für den AKV. und die Werbung weiterer Hausparer aus den Reihen der bisher noch nicht genossenschaftlich organisierten Arbeitereltern ist die beste Antwort auf die Tricks der Görsch und Förster.

Betriebszelle des AKV. in Kampfstellung

In der letzten, von 150 Mann besuchten Zellenversammlung der Betriebszelle der KPD. im AKV. Halle, sprach der Genosse Berger über das Thema „Die Genossenschaften in der Sowjetunion und die nächsten Aufgaben im AKV. Halle". Er führte an Hand von Tatsachenmaterial, das er auf Grund eigener Erfahrungen in der Sowjetunion gesammelt hat, den heldenhaften Heroismus der russischen Arbeiter- und Bauernmassen bei der Durchführung des Fünfjahrplanes. Die revolutionäre Genossenschaften in der Sowjetunion haben auf den Gebiete des sozialistischen Aufbaues und der Durchführung des Fünfjahrplanes gewaltige Aufgaben zu erfüllen. Im zweiten Teil seines Referates behandelte der Genosse Berger die notwendigen Maßnahmen zur Verteidigung der hallischen Konsumgenossenschaft gegen die verbrecherische Politik der Sozialfaschisten und Renegaten. Auch die Belegschaft muß ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß der AKV. Halle zu einem mächtigen Bollwerk des revolutionären Klassenkampfes gegen das Massenelend und die räuberische Zoll- und Steuerpolitik der Bürgerblockregierung, gestaltet wird.

Die Mitglieder der Betriebszelle des AKV. haben es sich zur Aufgabe gemacht, durch aktiste Werbearbeit der Spartelle im AKV. Halle 100 000 Mark neue Spargelder zuzuführen. Das soll durch die Aufnahme des revolutionären Wettbewerbs in Halle und im Bezirk erreicht werden. Des weiteren gelangte folgende Entschließung einstimmig zur Annahme: „Die Mitglieder der Betriebszelle der KPD. des AKV. Halle führen bis auf weiteres 10 Prozent ihres Lohnes bzw. Gehalts als Spareinlage der Sparkasse des AKV. zu."

Mit dem Appell an alle Genossen und Genossinnen, mit allen Kräften und größter Begeisterung an dem Ausbau und Stärkung des AKV. Halle zu arbeiten, wurde die Versammlung, in der ein prächtiger Kampfgeist herrschte, geschlossen.

So ist es richtig!

Immer heraus aus dem Herrgottstempel

Wir erhalten von einem Arbeiter folgende Zuschrift:

Vor einigen Tagen wurde mir ein Kirchensteuerzettel zugestellt mit der Forderung von 6,80 Mark. Ich war darüber sehr erstaunt, denn ich bin schon seit sieben Jahren aus der Kirche ausgeschieden. Selbstverständlich erhob ich auf dem Kirchenamt sofort Einspruch. Dort wurde mir aber zu meinem nicht geringen Erstaunen mitgeteilt, daß ich die Kirchensteuer bezahlen müsse auch wenn ich selbst ausgetreten bin. Auf die Frage: Warum? teilte man mir mit, daß ja meine Frau noch der Kirche angehöre und ich für diese die Kirchensteuer blechen müsse. Ich erkläre, daß ich schon über 20 Wochen erwerbslos bin und gar nicht in der Lage sei, das Geld zu bezahlen. Das half alles nichts, man gewährte mir lediglich eine Stundung der Zahlung bis Mitte Januar. Meine Frau war darüber so empört, daß sie sich sofort entschloß, den Austritt aus der Kirche ebenfalls zu vollziehen.

So wird es vielen erwerbslosen Arbeiterfamilien gehen. Kommt da eines schönen Tages ein Kirchensteuerzettel ins Haus geflogen und die Erwerbslosen, die kaum etwas für sich zu essen haben, sollen 6, 8 oder 10 Mark den Pfaffen in den Schlund werfen. Deshalb ist es angebracht, sofort den Austritt aus der Kirche vorzunehmen. Wer bis zum 31. Dezember d. J. seinen Austritt aus der Kirche erklärt, wird in Zukunft nicht mehr mit solchen kirchlichen Patenbriefen belästigt werden.

„Wohlfahrt" — fahr wohl

Von einem Handelsmann wird uns mitgeteilt:

Ich gehe mit Kurzwaren hausieren. Bei der elenden Wirtschaftslage ist es klar, daß dabei so gut wie gar kein Verdienst herausspringt. Dabei habe ich wöchentlich 8 Mark Miete zu zahlen, ich nicht in der Lage bin, mir auch nur die notwendigsten Kleidungsanschaffungen zu machen, wie das Reparieren der Schuhe, weswegen schon des öfteren beim Fürsorgeamt um Unterstützung angegangen. Ich wurde jedoch ständig abgewiesen. Jetzt will man mich noch zwingen, Gewerbesteuer zu zahlen. Ich lebe mit meiner Arbeiterin zusammen, die ein Kind hat. Dieselbe bekommt, da ausgesteuert ist, für sich und ihr Kind ganze 6 Mark Fürsorgeunterstützung die Woche. Vor einigen Monaten bezog sie 8 Mark die Woche. Wahrscheinlich glaubte das Wohlfahrtsamt, daß 8 Mk. für eine Frau mit Kind zu viel sind. Das nennt man — „Wohlfahrt".

Achtung, Arbeiter der Straßenbahn!

Kommt zu den öffentlichen Belegschaftsversammlungen am Dienstag, dem 14. November, vormittags 9 Uhr und nachmittags 5 Uhr im Lokal Hübner, Kurze Gasse. Es werden Vertreter der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion und der Revolutionären Gewerkschaftsopposition zu Euch sprechen!

Werbeveranstaltung des Stadttheaters. Am kommenden Sonntagvormittag findet eine öffentliche Werbeveranstaltung im Stadttheater statt. Der Eintritt ist, soweit Karten vorhanden sind, frei. Das Programm sieht vor: Die Ouvertüre zu Wolfgang Amadeus Mozart, „Die Zauberflöte", gespielt vom Stadttheater-Orchester unter Leitung von Generalmusikdirektor Erich Band, einen Vortrag von Unio-Piel, Dr. Paul Wegener über „Sein Theater"; Rezitationen von Hans Richter; einen Vortrag von Ernst Max Schneider über „Halle und seine Oper"; Rezitationen von Grafschauspieler einen Vortrag von Erich Otto, dem Ehrenbürgerdichter der Gewerkschaftsbewegung; Wahrnehmungsbericht; Bühnenbeispiel: Bühnenbilder aus den „Meistersingern von Nürnberg" von Richard Wagner die Anfänge des Hans Sachs und den Schlußchor, Sachs, Beckmesser, Wilhelm Rathbinder, Gesellen, Chor, Orchester des Stadttheaters unter Leitung des Generalmusikdirektor Erich Band. Die gesamte Veranstaltung steht unter dem Zeichen der Zeit: „Theater in Not!"

Arbeiter-Sport

Das Handballspiel Nelitsch — Raundorf (Saalkreis) findet bis Uhr in Raundorf statt.

ASV. Halle. Handball. Suchen für Sonntag, den 16. November, ein Spiel. Sportleitungen, Preisnitz 2 Uhr. Anschrift: Paul Wiemes Halle, Giebichenstein, Unterröblingen und dem Schiedsrichter zur Kenntnis. Sportsmäßiger Gruß! Achtlies 2. nicht Kartfindel. 5780

Parteigenossen, Sympathisierende von Halle!

Große Mitgliederversammlungen

Thema: Die RGO. und die Bedeutung des 5. RGJ.-Kongresses. Das antifaschistische Aufgebot für Partei und Presse!

Osten: Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, im Lokal Hübner.
Südwesten: Freitag, 14. November, 20 Uhr, im Lokal Weinrich.
Zentrum: Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, in der „Goldenen Kette".
Westen: Freitag, 14. November, 20 Uhr, in der Produktiv.
Jungarbeiter, Frauen, „Klassenkampf"-Leser und Sympathisierende haben Zutritt.

Die KPD.-Stadtteilleitungen.

Wie wird das Wetter?

Für Freitag: Vielfach wolkiges Wetter. Im ganzen aber doch zum Aufklaren. Keine wesentlichen Niederschläge. Tagsüber ziemlich heiteres Wetter mit leichten Nachtfrösten.

Für Sonnabend: Dieses, stellenweise auch neblige, sonst ziemliches heiteres Wetter mit leichten Nachtfrösten.

Verantwortlich: Ernst Schneller, Berlin für Politik und Reichspolitik; Rothe, Halle für Lokales und Sachsen; Elia Seidel, Halle, für Kunst Kühn, Merseburg, für Betriebs- und Gewerkschaften; Erich Kühn für Kreisteil.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301113-10/fragment/page=0006

AUS MITTELDEUTSCHLAND

Die „Migros"-Sparkasse

gegründet von der Großeinkaufsgesellschaft Mitteldeutscher Arbeitergenossenschaften,

ist immer der Aktivposten

der oppositionellen Konsumvereine im Kampf gegen den Reformismus.

Die „Migros" bildet die sicherste Gewähr für die Anlagen aller Spargelder.

Daher muß jede Arbeiterorganisation sofort ihre in reformistischen Kosumvereinen deponierten Sparcinlagen

abheben und in die „Migros"-Sparkasse, Postscheck-Konto: Leipzig 28 225 (Allgemeiner Konsumverein Halle-Saale, Landsberger Straße 13)

überleiten.

Offener SPD.-Verrat an den Erwerbslosen

A.-K. Herzberg. Der Erwerbslosenausschuß hatte eine Reihe von Anträgen ausgearbeitet und sie dem Genossen König übergeben, damit er sie in der Stadtverordnetenversammlung einbringen kann. Genosse König ging zu den SPD.-Stadtverordneten, von ihnen die fehlenden Unterschriften einzuholen. Der Genosse König hat später selber eingesehen, daß dies ein Fehler war, denn es ist unmöglich, mit SPD.-Instanzen, und die Stadtverordnetenfraktion ist eine, irgendwelche Bündnispolitik zu betreiben. Trotzdem haben die SPD.-Stadtverordneten es abgelehnt, den Erwerbslosenantrag zu unterschreiben, mit der dummen Behauptung, daß der Antrag nicht richtig formuliert sei. In Wirklichkeit wollten sie ihre Ueberzeugung zum Ausdruck bringen, daß für die Erwerbslosen nichts getan werden soll, was dem Bestand der Ausbeuterordnung schädlich sein könnte. In einer Erwerbslosenversammlung, die kürzlich in unserem Orte stattfand, wurde zu den Dingen Stellung genommen. Auch die örtlichen Größen waren anwesend, und als sie genötigt waren zu sprechen, erklärten sie, sie könnten mit im Erwerbslosenausschuß mitarbeiten, weil die Erwerbslosen gegen Kommunisten wählten (eben deswegen, weil die Kommunisten die einzigen sind, die die Interessen der Erwerbslosen wahrnehmen.) Der SPD.-Mann Schippert war der Meinung, daß die Sorgen der Erwerbslosen unsozial seien. Cutit teilte die Auffassung Schipperts und versteig sich sogar zu der Behauptung, daß die Sozialpolitik der SPD. viele Verbesserungen gebracht hätte.

Der Ausspruch der beiden SPD.-Leute löste den heftigsten Widerspruch bei den Erwerbslosen aus.

Darum die SPD. gegen die Erwerbslosenanträge ist, hat Schippert nicht angegeben, indem er sagte, daß die bereitgestellten Fonds verbraucht sind. Wofür, hat er nicht gesagt.

Genosse Kirske schilderte in seinem Referat den Verrat der SPD. und der sozialfaschistischen Gewerkschaftsbürokratie in den Kämpfen der Arbeiterklasse, im Mansfeld-Streik, in Nordwest, im Metallerbeiterstreik in Berlin und ihren Verrat bei der Abstimmung im Reichstag am 18. Oktober.

Die Arbeiter leisteten der Aufforderung des Genossen Kirske Folge und traten der RGO. bei.

Für Erwerbslose ist kein Geld da

Der Rat der Stadt Leipzig hat gegen einen Beschluß der Stadtverordnetenversammlung Einspruch erhoben, nach dem Erwerbslose ganz wenige Mark Winterbeihilfe bekommen sollten. Der Rat der Stadt Leipzig erklärt, daß eine Hilfe für die Erwerbslosenunterstützungsgesetzlich sei und für sie auch kein Geld da sei.

Verstärkter Kampf gegen das Hungerprogramm der Brüning-Regierung

Rüstet zu den Bezirks-Arso-Konferenzen

In der November-Nummer der „Proletarischen Sozialpolitik", der theoretischen Zeitschrift der Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Oppositionen (Arso), erscheint ein richtungsgebender Artikel des Genossen Schröter, dem wir folgendes entnehmen:

Der neue Reichstag hat die schändlichen Notverordnungen Brünings sanktioniert. Diese Beschlußfassung war nur möglich, weil die sozialdemokratische Fraktion entgegen ihren Versprechungen im Wahlkampf der Regierung Brüning Hilfsstellung bei diesem infamen Manöver leistete. All die furchtbaren Bestimmungen über Ledigensteuer, Kopfsteuer, die Verschlechterung der Arbeitslosen- und Krankenversicherung, das Sperrgesetz für die Kriegsopfer, bleiben also in Kraft und können sich ungehemmt auswirken.

Die Tatsache, daß es die Sozialdemokratie war, die der arbeiterfeindlichen Regierung Brüning-Stegerwald ihre reaktionäre Politik ermöglichte, gilt besonders festgehalten zu werden.

Handelt es sich doch nicht nur um die Notverordnung, sondern ebenso um das neue Regierungsprogramm mit den Anschlägen auf die wirtschaftliche und soziale Lage der Werktätigen.

Indem die Sozialdemokratie die Regierung Brüning vor dem Sturze bewahrte, bereitete sie zu gleicher Zeit alle Maßnahmen vor, die im Brüning-Programm vorgesehen sind. Die Durchführung des Regierungsprogramms soll im Etat 1930/31 eine Einsparung von 1000 Millionen Mark bringen. Diese Einsparungen sollen restlos zu Lasten der werktätigen Bevölkerung gehen. So ist vorgesehen, eine Gehaltskürzung bei den Beamten und Angestellten um 6 Prozent, eine Kürzung der Ueberweisungen an Länder und Gemeinden sowie ein neues Finanzausgleichsgesetz. Der Sinn dieser Bestimmung ist, Länder und Gemeinden zu zwingen, die sozialen und Wohlfahrtsausgaben mit den rigorosesten Mitteln einzuschränken.

Die ungeheuerlichsten Bestimmungen betreffen aber die Arbeitslosenversicherung und die „Neuregelung des Wohnungsbaues". Längst gehen die Bestrebungen dahin, die Zuschüsse des Reiches zur Arbeitslosenversicherung völlig zu beseitigen. Dies wurde bereits unter der Koalitionsregierung Hermann Müller von dem sozialdemokratischen Finanzminister Hilferding gefordert. Heute ist schon unbestritten, daß die Arbeitslosenversicherung in der Zeit der völligen Auflösung des kapitalistischen Wirtschaftssystems sich nicht aus eigenen Beiträgen finanzieren kann. Mit Hilfe der Notverordnungen wurden ab 6. 10. 30 die Beiträge auf 6½ Prozent hinaufgeschraubt. Der Tag ist nicht fern, wo die Reichsanstalt der Oeffentlichkeit mitteilen wird, daß auch damit eine Ausgleichung des Etats nicht möglich ist.

Die proletarischen Kommunalfunktionäre müssen sich angesichts all dessen rücksichtslos in den Dienst der leidenden Massen stellen. Die Aufgaben des Kampfes gegen das Hungerprogramm der Brüning-Regierung müssen im engsten Zusammenhang mit der Organisierung der Bezirkskonferenzen der Arso, die im Laufe des Novembers in allen Bezirken Deutschlands stattfinden sollen, durchgeführt werden. In allen Versammlungen, wo zur Notverordnung Stellung genommen wird, wo wir zu Erwerbslosen, Mietern oder Sozialentnern sprechen, gilt es, auf die Bezirkskonferenzen aufmerksam zu machen und Delegierte wählen zu lassen. Die Bezirkskonferenzen sollen uns ermöglichen, die Kräfte, die in den proletarischen Massen schlummern, zum Kampfe gegen die soziale Reaktion zusammenzufassen, um die Notwendigkeit des verstärkten außerparlamentarischen Massenkampfes auch dem letzten Arbeiter verständlich zu machen. Sie sollen gleichzeitig dazu dienen, die Arso-Arbeit im Bezirksmaßstabe zu organisieren, die Schaffung von Bezirks- und Ortsausschüssen der Arso zu fördern, die proletarisch-sozialpolitischen Organisationen zur Mitarbeit und zum Anschluß an die Arso gewinnen helfen.

Es gilt, die Beschlüsse des Reichskongresses der Arso, die dort angenommenen Kampfforderungen unter die Massen zu tragen und klare Richtlinien für verstärkte Arbeit in allen sozialpolitischen Organisationen zu geben.

Heraus zum antifaschistischen Jugendtreffen

am Sonntag, 16. November, in Schkeuditz!

Jugendgenossen der Unterbezirke Halle-Saalkreis und Schkeuditz! Rüstet zum Massenaufmarsch!

Programm:

Sonntag früh Eintreffen der auswärtigen Teilnehmer.

10 bis 11 Uhr Unterbezirkskonferenz der UB. Schkeuditz, Eilenburg, Halle-Saalkreis im Lokal „Weiße Taube".

½2 Uhr Demonstration. Antreten am Lokal „Weiße Taube".

4 Uhr Pionierkundgebung. Auftreten der „Roten Trommler" Leipzig, Spieltruppe des Jung-Spartakusbundes. Lokal: Bahnhofssaal.

8 Uhr im Bahnhofssaal Abschlußkundgebung. Auftreten der „Roten Schmiede" Halle. Eintritt 50 Pf., Erwerbslose 25 Pf.

Frau Landrat Bähnisch als „Wohltäterin" der Arbeiterschaft

A.-K. Landrat Bähnisch in Merseburg ist aus dem Proletariat hervorgegangen. Er war immer Strebersseele und hat alles daran gesetzt, „etwas aus sich zu machen". Wir kennen ihn aus seiner Tätigkeit beim Landratsamt in Flensburg. Bähnisch wußte, **wer in der deutschen Republik Landrat werden will, geht zur SPD.** Und es gelang. Nachdem sich Guske unmöglich gemacht hatte und die Treppe heraufstiel, zog Bähnisch als wohlbestallteter SPD.-Landrat in den „hochherrschaftlichen" Privatpalast neben dem neuerbauten Kreishaus in Merseburg ein, das war vor einem halben Jahre.

Jetzt ist Frau Bähnisch, umgeben von einem Schwarm „geschulter" Dienerschaft, dort, wo alle überfettigten Bourgeoisweiber hinkommen. Nämlich dort, wo sie anfängt, ihre tödliche Langeweile durch „Wohltätigkeitsarbeit" verkürzen zu wollen.

In Gemeinschaft mit allen Frauen der sozialdemokratischen Kreistags- und Kreisausschußmitglieder gibt Frau Bähnisch einen Aufruf heraus an die gesamte Einwohnerschaft des Landkreises Merseburg. Der neue Laden heißt „Frauenhilfe des Kreises" und hat ein Girokonto bei der Kreissparkasse Merseburg. Und nun heißt es: Landwirt, bringe Kartoffeln und andere Lebensmittel. Grubendirektion, bringe Kohlen. Haustrau, bringe Wäsche, Kleidungsstücke, Schuhe, all Ihr anderen bringt Geld und wir sozialdemokratischen Frauen werden die „Wohltäterinnen" sein, die diese Dinge an die notleidenden Erwerbslosen verteilen!

Schimmer geht's nicht.

Eine größere Verhöhnung der Erwerbslosen ist nicht auszudenken.

Die Sozialdemokraten haben in allen Parlamenten mit fliegenden Fahnen der Massenbelastung der Werktätigen zugestimmt, überall den Abbau der Löhne, den Abbau der Erwerbslosenunterstützung, den Abbau der sozialen Fürsorge, die Verschlechterungen in der Krankenversicherung selbst angeregt. Wenn jetzt die sozialdemokratischen Frauen versuchen, die Wohlfahrtsphrasen der Frauen aller übrigen bürgerlichen Parteien nachzuplapageien, so liegt das vollkommen in der Linie des Koalitionsbreies, durch den das Elend der Werktätigen täglich größer wird.

Die Arbeiterfrauen erkennen aber diese Demagogie und wenden sich mit Verachtung von dieser korrupten Gesellschaft ab.

Vom Chemiekapital gemordet

Die Arbeiterin Minna Bräuer aus Jeßnitz, die bei der Brandkatastrophe in der Filmfabrik Wolfen schwer verletzt wurde, ist im Bitterfelder Allgemeinen Krankenhause gestorben.

Für die bolschewistische Kommunalarbeit

Die Bezirks-Kommunalkonferenz, die am 2. November in Halle stattfand, nahm zu den innerparteilichen Aufgaben auf dem Gebiete der Kommunalpolitik folgende Entschließung einstimmig an:

Die Bezirks-Kommunalkonferenz stellt fest, daß die Wendung in der Kommunalarbeit, der Bruch mit den sozialdemokratischen, korrumpierenden Arbeitsmethoden, nur teilweise erfolgte.

Trotzdem der steigenden Widersprüche und Schwierigkeiten des Kapitalismus und der beschleunigten Faschisierung der Gemeinden sind die kommunistische Gemeindefraktionen kein Werkzeug des revolutionären Kampfes, sondern eines der ärgsten Hindernisse im Kampf um die Massen und Hemmschuhe zur Eroberung der entscheidenden Schichten des Proletariats.

Der Opportunismus in der Praxis ist die Hauptgefahr und die Bildung von „Praktikern" (Chemnitz, Gräbe, Mödig u. a.) führt zur Bildung sozialdemokratischer Gruppierungen in unseren Reihen und zu offenem Zusammenarbeiten mit der SPD. In Helfitz, Leipzig, Roßla, Zschorndorf, Mühlbeck, Gleisen und anderen Orten zeigten sich die übelsten Fälle von Renegatentum und offener Feindschaft gegen die revolutionäre Bewegung und zum Kleinbürgertum.

Deutlich ist in einzelnen Fraktionen eine sektiererische Abgeschlossenheit zu bemerken, die sich in Erstarrung, Unbeweglichkeit, Widerstreben zur Ausnützung der Kommunalpositionen in den Tagesfragen und der Isolierung von den Massen äußert.

Die Ergebnisse der Reichstagswahl in Sangerhausen, Zeitz, Schkeuditz, Eilenburg, Artern usw. beweisen auf das beste, daß die Säuberung der Partei, die durchgeführt wurde unter der breitesten Kontrolle der Massen, nicht ausreichte, sondern ungeheuer vormärtstreibend für die revolutionäre Bewegung sich auswirkte.

Trotzdem oft ganze Schichten von Kommunalfunktionären nach einer offenen öffentlichen Diskussion aus der revolutionären Bewegung entfernt wurden, bewiesen die Massen ihr Vertrauen zur Kommunistischen Partei und unterstützten uns in allen Fragen.

Die Kommunalkonferenz stellt fest, daß die Bezirksleitung oft ohne genügende Unterstützung der Mitgliedschaft diese Reinigungsaktion durchführen mußte und ruft die Parteimitgliedschaft auf, alle ihre Kräfte einzusetzen.

Die Beschlüsse des 12. Parteitages und die Richtlinien des „Kommune" Nr. 7) rücksichtslos und ohne Schwanken durchgeführt werden.

Bei der großen Anzahl kommunalpolitischer Positionen im Bezirk Halle-Merseburg ist die Aufmerksamkeit der Gesamtpartei auf die Kommunalarbeit mit zu lenken, damit Sumpfstellen des Reformismus beseitigt werden.

Die Kommunalkonferenz fordert, daß die Säuberung der Kommunalfraktionen von zurückgebliebenen Elementen unverzüglich durchgeführt wird, da dies die erste Voraussetzung ist, um revolutionäre Arbeit in den Gemeinden zu leisten.

Befreit die Partei von allen Renegaten!

Kampf dem Opportunismus in allen seinen Erscheinungen!

Heraus zur bolschewistischen Kommunal-Arbeit!

Das antifaschistische Aufgebot wird erfüllt

Die Offensive der Unternehmerklasse, die Vorstöße des Faschismus beantworten die klassenbewußten Arbeiter mit verstärkter Werbung für ihre Partei, die KPD. Heute sind wir in der Lage, eine Reihe von neuen Veranstaltungen zu veröffentlichen.

In Muschwitz hat am vergangenen Sonntag **ein einziger Genosse, der Genosse Heinze, elf neue Mitglieder für die Partei geworben.**

Die Genossen aus Mücheln haben in Ahlitz eine neue Ortsgruppe gegründet, der sofort 11 klassenbewußte Arbeiter beigetreten sind. Außerdem werden von den Ortsgruppen

folgende Neuaufnahmen von Mitgliedern gemeldet:

Greppin	29	Lauchhammer	2	Beunstedt	3	Weißenfels	5
Beesenlaublingen	3	Heringen	4	Hohenmölsen	2	Schildau	3
Jessen	2	Annaberg	2	Nordhausen	4	Heldrungen	2
Schönewalde	2	Wengelsdorf	15	Halle-Westen	5	Sangerhausen	5
Delitzsch	14	Teuchern	3	Mücheln	16	Naumburg	26
Deuben	9	Leuna	2	Zeitz	7	Güntherstz	5
Groß-Kayna	4	Wolfen	7	Bitterfeld	6	Liebenwerda	7
Schweinitz	2	Schlaitz	3	Wittenberg	6	Falkenberg	2
Bleicherode	2	Hundeshagen	9				

Jetzt müssen die neugewonnenen Genossen sofort in die Parteiarbeit gestellt werden. Zu gleicher Zeit gilt es, sie zu schulen, damit sie bewußte Streiter für den Befreiungskampf des Proletariats werden. In allen Ortsgruppen muß die Schulungsarbeit mit in den Mittelpunkt der politischen Arbeit gestellt werden.

Das antifaschistische Parteiaufgebot fordert eine Verdoppelung der Mitgliederzahl der Partei und eine Verdoppelung der Abonnentenzahl für unsere Zeitung. Deshalb werbt weiter Mitglieder für die Partei des kämpfenden Proletariats, die KPD., werbt weiter Abonnenten für den „Klassenkampf"!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301113-10/fragment/page=0007

Der Pleitegeier über der SPD. im Bockwitzer Ländchen

A.-K. Nach jahrelangem Schlaf der Gerechten auf, ihrer Ansicht nach, wohlerworbenen Lorbeeren ausruhend, geruhten die kleine Gernegroß Heyne und der ewig verhinderte Amtsvorsteher und Reichstagsabgeordneter Großer, die Arbeiterschaft des Ländchens zu einer großen Demonstration anläßlich des 9. Novembers aufzurufen.

Trotz intensiver Vorbereitung durch einen bombastischen Aufruf, in dem man sich an große Gruppen der Arbeiterschaft wandte,

folgten ganze 33 (in Worten: dreiunddreißig) Mann, einschließlich der Kapelle, dem einzigen Vertreter des Abwehrkomitees Großer.

Das kleine Mitglied des Abwehrkomitees schlief wahrscheinlich noch den Schlaf des Gerechten. Böse Zungen behaupten, man habe ihn erst nach Beendigung des täglichen Umherlaufens aus dem Bett geholt. Ein treffenderes Beispiel für die Phrasenhaftigkeit und Feigheit dieses Niederlagenstrategen konnte nicht gegeben werden.

Proleten! Seht Euren Führern nicht nur aufs Maul und wenn es noch so groß ist. Es hieße den Machern dieses Umzuges zuviel Ehre antun, wollte man sich länger damit beschäftigen.

Die Arbeiterschaft des Bockwitzer Ländchens ließ die politischen Bankrotteure unter sich. Sie hat erkannt, daß die Partei der Sozialfaschisten, deren Weg vom 1 August 1914 über den 9. November 1918 bis zum 18. Oktober 1930 mit Verrat und blutigen Opfern der Arbeiterklasse gekennzeichnet ist, niemals den Kampf gegen Faschismus und Reaktion so führen wird, wie es im Interesse der breiten Masse notwendig ist.

Wir fordern die Arbeiterschaft des Ländchens auf, sich fester denn je um die KPD. und RGO. zu scharen und unter deren Führung den deutschen Oktober zu erkämpfen, der dem Spuk des National- und Sozialfaschismus ein Ende bereiten wird.

Auch in den schwärzesten Ecken geht es vorwärts

A.-K. Jessen. Die Erwerbslosen von Jessen erwachen endlich. Nach vielen Bemühungen ist es gelungen, eine Versammlung durchzuführen. War auch die Zahl der Versammelten noch klein, so wissen wir, daß es das nächste Mal mehr sind.

Nachdem der Genosse Kirske über Erwerbslosenelend und Aufbau der RGO. gesprochen hatte, fand eine lebhafte Debatte statt. Alle Anwesenden waren einmütig der Auffassung, daß die Arbeiterschaft sich Kampforganisationen schaffen muß, um das Elend zu beseitigen.

Ein Erwerbslosenausschuß wurde aus sieben Kollegen gebildet, die sich verpflichteten, energisch für die Interessen der Erwerbslosen einzutreten. An allen Stempelstagen will der Ausschuß die Anträge und Beschwerden entgegennehmen, um so den Massen durch praktische Arbeit zu beweisen, wer ihr Vertreter ist.

Zwölf neue Mitglieder wurden für die RGO. gewonnen.

SPD.-Sabotage ist vergeblich

A.-K. Radefeld. Trotz schärfster Sabotage war die von der Kommunistischen Partei am 8. November veranstaltete Revolutionsfeier ein ganzer Erfolg. Die „Roten Agitatoren" lösten helle Begeisterung aus. Genosse Kunz Halle, sprach über die erfolgreiche russische Revolution, über den gewaltigen Aufschwung im Arbeiterstaat durch die Durchführung des Fünfjahrplans und über den Niedergang in den kapitalistischen Staaten.

Das vorläufige Ergebnis der Veranstaltung waren **zwei Aufnahmen für die Partei** und ein großer Broschürenumsatz. Es geht auch bei uns vorwärts.

Vorwärts geht es auf dem Lande

A.-K. Lichtenburg. Das Dorfproletariat erwacht und folgt dem Rufe unserer Partei. Wenn bisher meist nur in Städten die Revolutionsfeiern veranstaltet wurden, so ist dies Jahr zu verzeichnen, daß das Dorf nicht zurückstehen will. Die kleine Ortsgruppe der **KPD. Lichtenburg** hatte die Einwohner zur Feier eingeladen und **etwa 80 Männer, Frauen und Jugendliche waren erschienen.**

Der Genosse **Kirske** schilderte in längeren Ausführungen die Entstehung, den Verlauf der russischen Revolution, den Fünfjahrplan und den Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion. Er behandelte weiter die kapitalistische Wirtschaftskrise, durch welche die Erwerbslosigkeit und Massenausplünderung verschärft wird. Er zeigte den Anwesenden den Ausweg, den unsere russischen Brüder unter Führung des Genossen Lenins und der Bolschewistischen Partei gefunden haben.

Genosse Kirske forderte dann zur Bildung von Kampfgruppen der RGO. und zum Eintritt in die KPD. auf.

Vier Neuaufnahmen für die Partei wurden gemacht.

Wir werden weiter so arbeiten, damit es unaufhaltsam vorwärts geht! Alles heran zur Partei Lenins!

Sammelt für den Reichskongreß werktätiger Frauen!

Mansfeld-Sangerhausen

Gegen die Feinde des roten Konsums

Arbeiter von Bennstedt verteidigt Eure Genossenschaft!

A.-K. Die Feinde des roten Konsumvereins Halle versuchen immer wieder, ihr Zerstörerhandwerk zu betreiben. Aber sie haben keinen Erfolg. Am vergangenen Freitag stellten sich Wiehner aus der Neustädter Straße und sein Freund Richard Schöllner vor die Verkaufsstelle des AKV. Halle in Bennstedt und verteilten dort die Schmierblätter, die von den hallischen Sozialfaschisten herausgegeben worden sind und zur Zerstörung des roten Konsums aufforderten.

Die beiden können froh sein, daß die Arbeiter, die ihren roten Konsum verteidigen, sie nicht verjagten und ihnen einen gehörigen Denkzettel verabreichten.

Vor kurzem mußte der Lagerhalter Leitheit entlassen werden, weil er in der von ihm verwalteten Filiale ein Uebermanko von 1837 Mark hatte. Dieser Mann, der den Konsumverein so schwer geschädigt hat, wohnt immer noch im Hause des Konsumvereins. Seine Frau hat nichts Wichtigeres zu tun, als sich zum Fenster hinauszulegen und den roten Konsum Straßenpassanten gegenüber herunterzureißen. Man muß wirklich die Geduld der klassenbewußten Arbeiter hier am Orte bewundern, daß sie so etwas dulden.

Je mehr die Feinde des roten Konsums hetzen, in der sicheren Ueberzeugung, daß ihnen die Eroberung der Genossenschaft nicht gelingt, desto enger müssen die klassenbewußten Arbeiter sich um ihren roten Konsum scharen. Hinein in den AKV.! Kauft im AKV.!

Kreiskonferenz des Internationalen Bundes der Opfer des Krieges und der Arbeit, Mansfeld-Sangerhausen!

Die Brüningsche Notverordnung und die sich daraus ergebenden Folgen für alle Kriegsbeschädigten Invaliden und Witwen machen es dringend notwendig, daß wir im Interesse aller Rentenempfänger für **Sonntag, den 16. November, vormittags 10 Uhr, nach Eisleben im „Hohenzollern" eine Kreiskonferenz einberufen.**

Tagesordnung:

1. Die Auswirkung der Notverordnung auf alle Rentenempfänger. Referentin: Genossin Krüger, Halle.
2. Die organisatorischen Maßnahmen im Kreis. Referent: Genosse Merzinski.

Alle unsere Ortsgruppen müssen zu dieser Konferenz durch mindestens zwei Delegierte vertreten sein. Ebenso laden wir zu dieser Konferenz alle oppositionellen Funktionäre des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen ein. Gerade die Schneider, Karsten, Pfankstiel, Burkhardt und Franzke-Pauli haben für die alten Invaliden und Witwen auch nicht das Geringste getan.

Deshalb erscheint auf dieser Konferenz.

Die Kreisleitung.

Achtung!

Rüstet und wählt Delegierte zur Bezirkskonferenz der Arso am 30. Nov. in Halle!

Klassensolidarität verpflichtet

alle revolutionären Arbeiterorganisationen

dem roten Konsumverein Halle

ihre in reformistisch geleiteten Konsumvereinen eingelegten

Spargelder zu überweisen

Die Nazis „feiern" die Revolution

A.-K. Kobershain. Ein „mächtiger" Zug in Stärke von 13 Mann bewegte sich von den Gutsarbeiterwohnungen zum Kriegerdenkmal. Dort wurde ein Kranz niedergelegt und dann ging es zur Kirche. Ob der Pfaffe dort seinen Segen zu neuem Morden gegeben hat, entzieht sich unserer Kenntnis.

Lauter ausgemergelte Landarbeiter waren es, die sich von den Nazis hatten einfangen lassen. Der Inspektor, der sonst die große Schnauze hat, schämte sich jedenfalls, mit den Proleten zu marschieren. Sonst ist er ziemlich frech, wagte er doch sogar in der letzten Gemeindevertretersitzung, unseren Genossen mit einem Gesetz zu bedrohen. Er wird noch einmal die richtige Antwort bekommen.

Den Landarbeitern aber sagen wir: Ihr gehört als ausgebeutete Proleten zur Kommunistischen Partei. Die Nazis betrügen euch!

Wo ist zum Beispiel der Kampf der Nazis gegen den Young-Plan? Treiben sie nicht genau so wie alle Feinde der Arbeiterklasse die Schandsteuern der Brüning-Regierung ein? **Landarbeiter, macht Schluß mit den Täuschern, kommt zur roten Front!**

Ein Schlüssel kann die politische Einstellung verraten

A.-K. Schildau. Am Mittwoch, dem 5. November, sollte in Schildau eine Erwerbslosenversammlung stattfinden, und zwar nachmittags 5 Uhr im Ratskeller. Für abends 8 Uhr hatte der Wirt den Saal den Nazis für eine Versammlung versprochen. Der Erwerbslosenausschuß erklärte er, daß der Saal um 7 Uhr geräumt sein müsse, wahrscheinlich, damit sich der Arbeitergesang unmöglich verziehen sollte. Aber plötzlich kam die Nachricht, der Schlüssel zum Saal ist unauffindbar. Am Abend aber, für die Nazis war der Schlüssel da. Die Arbeiter durchschauten sofort den Schiebbürgerstreich des Wirtes. Wenn der Ratskellerwirt den Schlüssel **für die Arbeiter nicht findet, dann brauchen die Arbeiter den Wirt auch nicht zu finden,** um bei ihm ein Glas Bier zu trinken.

Im „Deutschen Hause" fand die Versammlung statt, wo der Genosse Kirske über den Aufbau der RGO. sprach. Weitere Mitglieder wurden gewonnen.

Bitterfeld-Wittenberg

Kein Geld für die Erwerbslosen in Pretzsch

Terror gegen die Arbeitersportler — Werktätige, kämpft unter Führung der KPD.

A.-K. Die letzte Stadtverordnetenversammlung in unserem Orte zeigte wieder einmal, wofür die kapitalistische Gemeinde Geld hat und wofür nicht. Geld hat sie z. B. zur Instandsetzung des Daches des Wendichen Hauses. Im Kostenvoranschlag war für die vordere Hälfte des Daches ein Betrag von 480 Mark in Anlaß gebracht worden. Jetzt ist diese Summe schon soweit überschritten, daß 1100 Mark ausgegeben werden sollen. Wie ist es möglich, daß solche himmelschreiende Dinge vorkommen? Anscheinend gibt es da gar keine Kontrolle. Dabei ist erst die Hälfte der Arbeit beendet. Was für ein Betrag wird erst herauskommen, wenn sie vollkommen abgeschlossen ist. Wer trägt die Mehrkosten? Ueber diese Dinge muß Klarheit geschaffen werden. Die Angelegenheit darf nicht in die Dunkelkammer geschleppt werden, wie es mit der Angelegenheit des Stadtbaumeisters gemacht werden sollte. Wir bestreiten die Notwendigkeit, dem Herrn Borcher den Titel als Stadtbaumeister zu verleihen, damit er auf Kosten der Steuerzahler ein höheres Einkommen hat.

Pretzsch hat auch einen Stadtgärtner. Aber zur Schaffung der Kulturanlagen wird ein Obergärtner aus Berlin geholt, für den die Firma, in deren Auftrag er tätig ist, pro Tag sicherlich 25 Mark bekommt und vielleicht noch mehr. Der Stadtgärtner könnte an Hand einer Zeichnung diese Arbeit sicherlich auch leisten. Aber wie gesagt, für solche Zwecke gibt es Geld in Pretzsch.

Kein Geld gibt es für die Erwerbslosen.

Den Ausgesteuerten mutet man zu, für 40 Pfennig die Stunde Pflichtarbeit zu machen. Die Forderungen, die die Erwerbslosen und die Ausgesteuerten gegenüber solchen Methoden stellen, sind bescheiden. Es gibt Arbeiten für die Erwerbslosen, die die Stadt in Angriff nehmen könnte.

Die Straßen von Pretzsch befinden sich in einem Zustand, der jeder Beschreibung spottet.

Vor allem verlangen die Erwerbslosen eine Winterbeihilfe.

Der Herr Bernhardt pulset sich über die Forderungen der Erwerbslosen gewaltig auf. Er hat jedenfalls noch nicht mit 10 oder 12 Mark in der Woche auskommen müssen.

So wie gegenüber den Erwerbslosen, verhält die Gemeinde sich gegenüber den Sportlern.

Den Arbeitersportlern ist der Sportplatz genommen worden.

Der Magistrat versteckt sich hinter dem Regierungspräsidenten. In Wirklichkeit ist er vollkommen mit der Entrechtung der Arbeitersportler einverstanden. Denn sonst würde er nicht das Protestschreiben, das die Stadtverordnetenversammlung in ihrer Mehrheit beschloß, verpätet an die Regierung in Merseburg zur Absendung gebracht haben. Die Arbeiterschaft von Pretzsch wird um ihre Forderungen zu kämpfen wissen. Die KPD. sammelt sie zum Kampf.

Am 15. November, abends 8 Uhr, findet in Pretzsch im „Goldenen Stern" eine öffentliche Versammlung statt, in der zwei Genossen der BL. sprechen werden. Alle Werktätigen von Pretzsch müssen erscheinen.

Die Greppiner Erwerbslosen rühren sich

A.-K. Am Freitag, dem 7. November, fand in Greppin eine Erwerbslosenversammlung statt, welche von über 400 Personen besucht war. Das Referat hielt der Genosse Obermeier, Bitterfeld. Treffend schilderte er die fortschreitende Verelendung der gesamten werktätigen Bevölkerung, hervorgerufen durch den Young-Plan und durch die Notverordnungen der faschistischen Brüning-Regierung. Mit Spannung verfolgten die Genossen die Ausführungen über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion. In sehr scharfen Worten geißelte er das verräterische Verhalten der Sozialfaschisten. Der Beifall der Erschienenen bewies, daß diese Partei mehr und mehr das Vertrauen der Erwerbslosen verliert.

Als Hauptpunkt stand auf der Tagesordnung die Winterbeihilfe für die Erwerbslosen. Da in der letzten Gemeindevertretersitzung der Dringlichkeitsantrag der Erwerbslosen zwecks Winterbeihilfe von den Bürgerlichen und der SPD. an den Wohlfahrtsausschuß überwiesen wurde, kamen in dieser Versammlung Antragsscheine zur Verteilung, welche nun von den Erwerbslosen als Einzelanträge eingereicht werden müssen. Vielleicht wird jetzt den Herrschaften bei Sichtung dieser Anträge einmal klar, wie groß die Notlage der Erwerbslosen ist und wie weit die Verelendung fortgeschritten ist.

Ein Vertreter fühlte sich angesprochen, der ehemaligen Parteigenossen Gossing, welcher Vorsitzender des Erwerbslosenrates ist, anzugreifen. Genosse Obermeier ging in der Diskussion auf diese Anwürfe ein und mußte feststellen, daß der ehemalige Genosse Gossing trotz seiner begangenen Fehler bemüht ist, ein guter Klassenkämpfer zu sein. Eine Abstimmung ergab, daß derselbe das Vertrauen der gesamten Greppiner Erwerbslosen besitzt.

Nach einer Aufforderung des Genossen Obermeier und der Jugendgenossin Schach, sich der Kommunistischen Partei und Jugend anzuschließen, konnten 17 Aufnahmen für die Partei und 14 für den Kommunistischen Jugendverband getätigt werden, außerdem 8 Aufnahmen für die RGO.

Recht so, Genossen, immer enger muß das Band aller Ausgebeuteten und Geknechteten geschlossen werden, nur als geeinte Masse können wir unsere Forderungen durchsetzen. Alle eingereiht in die rote Klassenfront, dann wird der Tag der Abrechnung nicht mehr fern sein.

Revolutionsfeier in Greppin

A.-K. Auch in diesem Jahre hatte die Kommunistische Partei der Arbeiterschaft aufgerufen, den Jahrestag der siegreichen russischen Revolution zu begehen.

Vor einer gut besuchten Versammlung führte die noch junge Agitproptruppe „Links ran" Wolfen ihre sehr beachtlichen Darbietungen vor. Auch die Vorführungen der Jugendgruppen und Arbeiter-Sportvereine fanden reichen Beifall.

Aufmerksam folgten die Anwesenden den Ausführungen der Referentin, der Genossin Marie Ahlers, Eisleben. Der Beifall bewies, daß sie den Kontakt mit ihren Zuhörern gefunden hatte.

9 Aufnahmen für die Partei, darunter 6 Frauen, 4 Aufnahmen für den Kommunistischen Jugendverband und 2 Aufnahmen für den JSB. waren das Ergebnis der Veranstaltung.

Außerdem wurden 20 Broschüren umgesetzt. Für den Jahres-Streik wurden 4 Mark gesammelt. In ihren Ausführungen wies die Genossin Ahlers auf die Wichtigkeit der Frauenarbeit in der revolutionären Arbeiterbewegung hin. Eine Betriebsarbeiterin erklärte sich bereit, an der am 22. und 23. November in Berlin stattfindenden Frauenkonferenz teilzunehmen. Es heißt es wieder praktische Solidarität üben, um die Finanzierung dieser Delegation sicherzustellen.

Genossinnen und Genossen Greppins, der 7. November hat bewiesen, daß, wenn alle Kräfte angespannt werden, der Tag der Abrechnung nicht mehr fern ist.

26 Aufnahmen für die Partei, 18 Aufnahmen für den KJVD., 2 für den JSB. und 8 Aufnahmen für die RGO. müssen uns ein Ansporn sein, unermüdlich für die Aufklärung der Indifferenten zu arbeiten, den sozialdemokratischen Arbeitern die verräterische Rolle ihrer Führer klarzumachen. Der Aufbau eines Sowjet-Deutschland wird dann nicht mehr fern sein.

Revolutionsfeier in Zschornewitz von Diktator Baudis Polizei aufgelöst

Die Blauen Blusen spielen trotz Verbots

A.-K. Die Ortsgruppe Zschornewitz der KPD. hatte für Sonnabend, den 8. November, zu einer öffentlichen Versammlung aufgerufen, in der die Blauen Blusen Ammendorf auftreten sollten. Schon vor Beginn der Veranstaltung hatten sich die Landjäger drei Mann hoch eingefunden, um die Besucher der Versammlung nach Waffen zu untersuchen, natürlich ohne Erfolg. Die „Blauen Blusen" wurde erklärt, daß sie nicht auftreten dürfen, weil die Veranstaltung nicht angemeldet sei. Trotzdem die Genossen darauf aufmerksam machten, daß sie ja nicht Theater spielen, sondern daß es sich ja nur um ausgesprochene Agitation handelte, blieben die Landjäger dabei, es darf nicht gespielt werden. Es sprach dann im Auftrage der KPD. der Genosse Obermeier, welcher die Haltung der Polizei in das richtige Licht rückte und an Hand von Tatsachen zeigte, daß man heute planmäßig dazu übergeht, Veranstaltungen der KPD. zu verbieten und aufzulösen, weil man sich vor der politischen Frucht dieser Veranstaltungen fürchtet.

Nach dem Genossen Obermeier ergriff der Leiter der „Blauen Blusen" das Wort: Die Polizei verbietet uns zu spielen — wir können uns nicht verbieten, einige Lieder zu singen. Nach dem Truppenlied sangen die „Blauen Blusen" das Lied der Republik: Wir haben eine Republik und die ist zum Ersaufen. Dabei schien es dem Landjäger Quente schon unbequem zu werden. Sein Gesicht ward lang und länger, aber er begann noch einmal, bis die Truppe bei ihrem nächsten Liede — Wir sagen das Wort sind frei", den Satz von der Schi-Scha-Schapo hörte. Wie ein Stier kam er nach vorn gesaust und brüllte: „Ich beende die Veranstaltung für geschlossen." Die Truppe sprach ruhig weiter und forderte dann die Teilnehmer auf in das Vereinssimmer zu gehen. Dort spielten dann die „Blauen Blusen" in geschlossener Veranstaltung unter großem Beifall ihr gesamtes Programm.

Jawohl, Herr Quente, so leicht sind wir nicht zum Schweigen zu bringen und wir werden bald wiederkommen und werden uns noch mehr Zuspruch haben. Sie haben die beste Propagandaarbeit uns gemacht!

Den „Blauen Blusen" hat es in Zschornewitz so gut gefallen, daß sie beschlossen haben, der Betriebszelle Großkraftwerk Zschornewitz Patenschaft über die Truppe anzubieten. Eine Betriebszelle ist schon in Arbeit. Auf Wiedersehen, Herr Oberlandjäger.

Erdal
FÜR ALLE SCHUHE

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301113-10/fragment/page=0008

Die „Roten Raketen“

die beste Arbeiter-Theatertruppe Mitteldeutschlands, spielen in unserem Bezirk. Sie

erhellen die Nacht

in der sich das ausgebeutete Proletariat befindet.

Sie zeigen auch Dir

durch beißende Ironie auf die heutige Gesellschaftsordnung und durch stolzes, proletarisches Klassenbewußtsein in echten, packenden Szenen das wahre Gesicht des kapitalistischen Staates und

Den Ausweg aus

Deiner elenden Lage. Sie zeigen Dir den Weg zur Befreiung. Du wirst zu der Erkenntnis gelangen, daß

Not und Elend

kein Dauerzustand ist, daß Deine Lage geändert werden kann, wenn Du Dich in die proletarische Klassenfront einreihen und kämpfen willst.

Sie spielen am

Freitag, dem 14. November, abends 8 Uhr, in Zeitz in der „Reichshalle“.

Sonnabend, dem 15. November, abends 8 Uhr, in Merseburg in der „Junkenburg“.

Montag, dem 17. November, abends 8 Uhr, in Frankleben im Gemeindegasthof.

Dienstag, dem 18. November, abends 8 Uhr, in Lützkendorf, bei Tirpof, Bahnhofsrestaurant.

Internationale Arbeiter-Hilfe Halle-Merseburg.

Merseburg-Leuna-Querfurt

SPD. nimmt für Diktatursteuern

Der arbeiterfeindliche Etat von Neumark mit ihrer Hilfe angenommen

A.-K. Die letzte Gemeindevertretersitzung befaßte sich zunächst mit der Tuberkulosestation Mücheln. Der Kreiskommunalarzt hatte an alle Gemeinden ein Schreiben gerichtet, in dem er die Errichtung einer Röntgenabteilung forderte. Unser Genosse Hennemann verlangte für die Röntgenabteilung Staatszuschuß unter Hinweis darauf, welche Unmengen von Geld für Bürgerkriegsrüstungen verpulvert werden. Der Arzt Dr. Hatz, der als Zuhörer das Wort erhielt, sprach sich gegen die Errichtung der Station in Mücheln aus. Seinen Ausführungen über Krankenkassen konnten unsere Genossen nicht zustimmen, es wurde jedoch seinem Wunsche entsprechend beschlossen, die zunächst zu bewilligende Summe den örtlichen Tuberkulosekranken zukommen zu lassen. **Die KPD.-Fraktion verharrte darüber hinaus auf der Errichtung der Röntgenstation.** Der Gemeindevorsteher forderte die Ermächtigung zur Aufnahme eines Kredits in Höhe von 20 000 Mark. Mit Hilfe dieser Anleihe soll der Mangel an Steuereingängen ausgeglichen werden. Der Genosse Keil sprach gegen die Ermächtigung für den Fall, daß die Anleihe die Einführung der Negersteuer zur Folge haben würde. Schließlich wurde dem Gemeindevorsteher die Ermächtigung zur Aufnahme der Anleihe einstimmig erteilt. (Unsere Genossen haben mit ihrer Zustimmung einen Fehler begangen. Es ist wohl möglich, einer Anleihe zuzustimmen, wenn mit diesen Mitteln Erwerbslose unterstützt oder andere Aufgaben im Interesse der Notleidenden gelöst werden. Sie können aber nicht dazu benutzt werden, irgendwelche Steuerausfälle auszugleichen, die dadurch entstehen, daß Kapitalisten und Junker keine oder lächerlich geringe Steuern zahlen. Die Red.)

Bei der Beratung des Etats erlaubte sich Herr Krauzig die „Weisheit“ zu verzapfen, daß jetzt Bagger angeschafft worden sind, weil vor dem Kriege die Arbeiter gestreikt hätten.

Der Etat, der wegen der Aufnahme der Diktatursteuern und der Biersteuer im höchsten Maße arbeiterfeindlich ist, wurde von den bürgerlichen Parteien mitsamt ihrer SPD. angenommen.

Allein die Kommunisten stimmten dagegen.

Bei der Vergebung der Arbeiten für das Gemeindehaus spielte Herr Krauzig wieder eine merkwürdige Rolle. Der Herr Krauzig schlug einen Unternehmer vor und stimmte dann selbst gegen seinen eigenen Antrag.

Der Lehrer Schaaf erlaubte sich eine unerhörte Beschimpfung der Arbeiter. Als über die Lohnfragen gesprochen wurde, machte er die Bewegung des Saufens. Das sollte soviel heißen, als wie die Arbeiter verdienten zuviel.

Wir glauben, daß die Arbeiter von Neumark dem Lehrer Schaaf und der Partei, die er vertritt, die Antwort darauf nicht schuldig bleiben werden.

Die Arbeiterbevölkerung von Neumark fragt, wo bleibt der Aschenabladeplatz?

In Zukunft müssen die Arbeiter noch zahlreicher als Zuhörer in die Gemeindevertretersitzung kommen, damit von vornherein der große Saal genommen werden muß.

Die Jugend geht voran!

A.-K. Lützen. Am 8. November fand hier eine Revolutionsfeier statt. Sie wurde durchgeführt vom KJVD., Ortsgruppe Lützen. Die Agitproptruppe zeigte klar den Unterschied zwischen der deutschen und der russischen Revolution auf. In der Veranstaltung, die von 350 Einwohnern besucht war, wurden

6 Aufnahmen für den KJVD. gemacht und 30 „Junge Garde“ umgesetzt.

Die Jugend geht vorbildlich voran. Nur weiter so — der Sieg ist unser!

Merseburg. Der Chefarzt der Landesheilanstalt Alt-Scherbitz, Herr Sanitätsrat Dr. Braune, wird am Donnerstag, dem 13. November 1930, eine Sprechstunde für Nerven- und Gemütskranke in der Zeit von 9½ bis 11½ Uhr in den Räumen der Lungenfürsorgestelle im städtischen Gesundheitsamt — Erdgeschoß — Christianenstraße 23, Eingang Lindenaustraße, abhalten. Die ärztliche Beratung, an der auch Kranke aus der Umgebung von Merseburg teilnehmen können, ist unentgeltlich.

„Linker“ SPD.-Klamauk in Zeitz

Durch demagogische Phrasen will man die SPD.-Arbeiter bei der Verräterpartei halten

Das Manöver wird mißlingen

A.-K. Der „Kampfbund gegen den Faschismus“ läßt die SPD.-Bonzen nicht mehr ruhig schlafen. Der Abmarsch der SPD.-Mitglieder nach links muß mit allen Mitteln abgebremst werden. Zur Ablenkung der Mitgliedschaft von den schamlosen Betrugsmanövern, die die SPD. seit der Arbeiterschaft verübte, rief die SPD.-Konzektratie den „Kampf-Sport“ ins Leben. Albert Bergholz veranstaltete letzten Sonntag eine „Revolutions-Demonstration“.

Als Redner hatte er sich Peters, MdR., den eleganten Mann der halbischen SPD., verschrieben. Peters hatte aus der „Fülle“ Phrasenkiste die radikalsten Ziele der SPD. herausgeholt. Er erzählte den staunenden Proletern, daß er nicht gewillt sei, sich die „Errungenschaften der Revolution“ von den Nazis rauben zu lassen. Das Ziel der SPD. sei, den kapitalistischen Staat zu stürzen und dadurch endlich die Befreiung des Proletariats herbeizuführen. Es gelte rücksichtslosen Kampf gegen die Feinde, die den kapitalistischen Staat retten wollten.

Danach formierten sich die Stürzer des kapitalistischen Staates zu einem Zuge durch die Stadt. An der Spitze der „Kapitalsstürzer“ marschierte der **Vertreter der kapitalistischen preußischen Republik, Herr Landrat Dr. Acker-Zeitz,** der bekannte Brüning-Retter-Strategie. Am Schluß des Zuges tatterten die Reichsbanner SPD.-Funktionäre auf Motorrädern.

Für jeden denkenden Arbeiter — die Zeitzer SPD.-Mitglieder waren nicht zur Hälfte vertreten — war diese Demonstration eine Verhöhnung der Arbeiterschaft. Wenn die Nazis versuchten in Zeitz aufmarschieren, dann begaben sich die angeblichen SPD.-Arbeiterorganisationen in den Forst zum Maikäfersammeln. Albert Bergholz erlannte die traurige Berühmtheit, daß er der politische Zwischenträger, für deren „Befreiung“ er angeblich kämpft, durch Ueberfallkommandos aus seinen Versammlungen verjagen läßt. Hat er dagegen in seinen Versammlungen eine starke Position gezeigt, so **zögert er seinen Moment, seine eigene Versammlung auseinanderknüppeln zu lassen.** Durch zahme, scheinbare Demonstrationen unter starker Polizeibedeckung, mit einem Polizeiadjutant und dem Brüning-Retter-Peters an der Spitze glaubt man den Faschismus nicht! Dieselben Bonzen, die gegen den Faschismus spiegelfechten, entpuppen sich nachher in den Parlamenten und an den Verhandlungstischen der Bourgeoisie als die scheidhaftesten Wegbereiter des Faschismus! Die kapitalistische Wirtschaftsordnung aber kracht in allen Fugen. Die Mitgliedschaft der SPD.-Verräterpartei befindet sich in offener Revolte, ein energischer Ansturm der kampferprobten Arbeiter wird und der morschen Plunder über den Haufen schmeißen.

Arbeiter in die rote Klassenfront! Jeder Arbeiter, jede Arbeiterin, gleich welcher politischen Anschauung, die ernstlich den entfesselten den Kampf gegen den blutigen Faschismus führen wollen, treten dem „Kampfbund gegen den Faschismus“ bei. Jeder Betriebsarbeiter, der mit der Sabotage der Gewerkschaftsbonzen brechen will, trete der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO.) bei.

Unter dem sturmerprobten Banner des Kommunismus kann endgültige Befreiung des deutschen Proletariats erkämpft werden. Jede weitere Unterstützung der verräterischen Sozialfaschisten fördert die Unterdrückung der hungernden Massen.

„Linken“ SPD.-Schwadronäre von Nitzma als Entreideer der Brüning-Steuern

A.-K. Neben einigen unbedeutenden Punkten der Tagesordnung stand die Bauabrechnung über Umbau des Gemeindegasthofes und Nachtragsberatung zum Gemeinde-Etat und Einführung der neuen Biersteuer zur Debatte.

Die Bauabrechnung wurde vom Architekt Scheller-Zeitz gegeben. Die Baukostensumme beläuft sich auf rund **25 335 Mark.** Genosse Keil lehnt eine Entlastung ab, da ihm die Einsicht in die einzelnen Kostenanschläge zum Umbau von der Gemeindeverwaltung vorenthalten worden ist.

Zum Pachtvertrag zwischen der Gemeinde und dem Arbeiter-Turnverein Nitzma wird beschlossen: Der Arbeiter-Turnverein übernimmt die Verzinsung des Baukapitals in der Höhe von 650 Mark zur Errichtung eines Geräteschuppens.

Bei der Nachtragsberatung des laufenden Gemeinde-Etats gibt der Gemeindevorsteher (SPD.) bekannt, daß durch die Mehrausgaben noch eine Lücke 5000 Mark offen stehen. Um den Erwerbslosen und Fürsorgeempfängern zur weiteren Unterstützung zu verhelfen, mache es notwendig, die Realsteuern zu erhöhen. Dazu sei die Einwilligung der Bürger- und der Biersteuer notwendig.

Nitzma (SPD.) meint, so unpopulär auch die Steuererhöhung sei, müsse man doch der Erhöhung der Steuerzuschläge sowie der Biersteuer zustimmen. Er schlage deshalb vor, die Realsteuerzuschläge für bebaute Grundstücke auf 350 Prozent, für unbebautes auf 500 Prozent und die Gewerbesteuerzuschläge auf 500 Prozent zu erhöhen, ferner die erhöhte Biersteuer einzuführen. Genosse Walter wird auf das Verhalten der SPD. während des Wahlkampfes und auf ihre jetzige Einstellung hingewiesen. Walter weist weiter auf das Steuerprogramm, das von der KPD. dem Reichstag vorgelegt wurde, hin und daß die von Kramer angeführten Steuerabänderungen abgelehnt.

Nitzma geht in seinem Vorschlage das kleinere Uebel und bittet um Zustimmung. Der neugebackene Schöppe Albrecht (SPD.) erklärt, Walter könne als Kommunist gar nicht anders, weil das seine Parteileitung verlange. Albrecht schäfert dann noch mit den Bürgerlichen, sie möchten doch für die Steuern stimmen!

Der bürgerliche Vertreter Mehnert wendet sich gegen die Erhöhung der Steuerzuschläge, da sie für die Landwirtschaft nicht tragbar seien.

Sämtliche Steuern wurden dann gegen zwei Stimmen angenommen,

wobei nun noch 2000 Mark ungedeckt sind.

Für die hiesige Arbeiterschaft muß es jetzt heißen: „Heraus aus der SPD., der Partei, die die Diktatursteuern eintreibt. Hinein in die Partei Lenins. Hinweg mit dem Schwindeldeiten, lest den „Klassenkampf“. Kämpft für ein Sowjet-Deutschland.“

SPD.-Krankenkassen-Geschäftsführer als Eintreiber der Brüning-Steuern

A.-K. Wie heftig die Sozialdemokratie gegen die Brüning-Diktatur „kämpft“, beweist folgender Fall:

Ein Wohlfahrtsunterstützungsempfänger von Zeitz mußte für die Medikamente in einer hiesigen Apotheke 50 Pfennig zahlen. Er war dazu nicht in der Lage, da die wenigen Groschen der Wohlfahrtsunterstützung kaum für den Lebensunterhalt für sich und seine Familie ausreichen. Darauf schickte ihm die Verwaltung der Ortskrankenkasse für den Landkreis Zeitz nachstehendes Schreiben:

N. N.

Daß der Brühl-Apotheke ausgestellte Schuldanerkenntnis über 50 Pfennig nicht bezahlten Arzneikostenanteil haben Sie bisher nicht eingelöst. Sie wollen nunmehr diesen Betrag bis spätestens 12. 11. 1930 direkt bei hiesiger Krankenkasse einzahlen, andernfalls derselbe kostenpflichtig eingezogen werden müßte.

Jetzt hat sich der Leiter der Krankenkasse herabgelassen, diesen Betrag auf vier Wochen zu stunden. Das ist echt „sozialistische“ Sozialpolitik. Kommentar überflüssig.

Arbeiter, erkennt die schändliche Rolle der sozialdemokratischen Führerclique, verlaßt die Reihen der SPD., werft die sozialfaschistische Presse aus Eurem Haus, werdet Mitglied der KPD. und Kämpfer für ein Sowjet-Deutschland.

Die kleinen Diebe hängt man, die großen läßt man laufen

Diesen Ausspruch tat der Verteidiger des wegen Steuergefährdung angeklagten Kaufmanns Walter Scherz aus Zeitz. Letzterer war bei dem deutschen Handwerkerbund Buchstellenleiter und hatte für 140 Mitglieder genannten Bundes die Bücher zu führen. Bei seiner Uebernahme im Jahre 1925 hatte er die Bücher in dem Sinne geführt wie sein Vorgänger. Die Handwerker hatten ihre Einnahmen und Ausgaben in ein Schmierbuch eingetragen, was ihm zur monatlichen Uebertrag als Unterlage diente. In dem Konto des Steuersekretärs Rohland in Dronzig hatte das Finanzamt Unstimmigkeiten vermutet; dieselben wurden durch eine eingehende Kontrolle festgestellt und aus diesem Grunde Sch. angeklagt.

Vom Amtsgericht Zeitz wurde er zu 150 Mark Geldstrafe, eventuell zu 15 Tagen Gefängnis verurteilt. Gegen dieses Urteil hatten der Angeklagte sowie die Steuerbehörde Berufung eingelegt. Der Verteidiger polemisierte auf Freisprechung für seinen Mandanten, indem er anführte, daß dem Angeklagten nicht nachgewiesen werden kann, daß er, wie die Anklage behauptet, Steuern hinterzogen hat. Die Berufung des Finanzamtes wird verworfen und der Angeklagte freigesprochen.

Weißenfels. Freidenker. Für das Arbeitsgebiet Weißenfels findet Sonnabend, den 15. November, der erste Abend unseres Schulungskursus im Jugendheim (Langendorfer Straße) statt. Anfang 19.30 Uhr. Um rege Beteiligung wird ersucht.

Original Russisches Balalaika-Orchester

sowjetrussischer Studenten spielt zugunsten der

Roten Hilfe

in Eisleben, Sonnabend, 15. 11. 30, 20 Uhr, „Bürgergarten“
in Helbra, Sonntag, 16. 11. 30, 14 Uhr, Lokal „Zur Sonne“
in Stadt Mansfeld, Sonntag, 16. 11. 30, 20 Uhr, Lokal „Mansfelder Hof“
in Schkeuditz, Freitag, 21. 11. 30, 20 Uhr, „Bahnhofshotel“
in Gerbstedt, Sonnabend, 22. 11. 30, 20 Uhr, „Schützenhaus“
in Hettstedt, Sonntag, 23. 11. 30, 20 Uhr, „Hohenzollernpark“.

Der Reinertrag ist für die Kinderheime der Roten Hilfe bestimmt. Helft den Kindern der politischen Gefangenen, besucht die Veranstaltungen!

Delitzsch-Torgau

SPD.-Postenjäger in Großwig

A.-K. In Großwig (Kreis Torgau) fand Anfang voriger Woche eine öffentliche Versammlung, einberufen von der RGO., statt. Leider war sie nur von Kleinbauern besucht. Denn der Sozialdemokrat Oswald Riegel aus Großwig hatte es mit der Angst zu tun bekommen, daß die Zahlstelle Großwig im DVB. aufgelöst werden könnte, deshalb hat er ja auch schließlich die Mitglieder der Zahlstelle vor der RGO.-Versammlung gewarnt. Aber uns kann auch kein Oswald Riegel aufhalten, denn wir sind nicht diejenigen, die „bloß so einen Posten wie Zentzsch in Torgau“ haben möchten, da müßten wir ja alle Riegel heißen.

Also Arbeiter von Großwig, seht Euch die Funktionäre im DVB., Zahlstelle Großwig, an. Seht Euch ihre Hundebemut an, denn wie könnte es sonst passieren, daß der Kassierer von der Zahlstelle Großwig die Reklamation für Nichtzahlung der Erwerbslosenbeiträge unterschrieben hat. Dies hat er nur getan, weil Herr Reußbürger zu ihm gesagt hat: „Wenn Sie nicht unterschreiben, habe ich auch keine Arbeit mehr für Sie.“

An ihren Früchten sollt Ihr sie erkennen. Doch wir sagen: **„Die RGO. in ihrem Lauf, hält weder Ochs noch Oswald Riegel auf.“**

Oeffentliche Versammlungen

Unterbezirk Halle-Saalkreis

Könnern. Donnerstag, 13. November, 20 Uhr, im „Bürgergarten“ öffentliche Versammlung (Gründung des Kampfbundes). Referent Genosse Podbel.
Peißen-Rabaß. Sonnabend, 15. November, 20 Uhr, bei Ochse, Rabaß, Werbeabend. Referent Genosse K. Pilger.
Lettin. Sonnabend, 15. November, 20 Uhr, in der „Erholung“ Revolutionsfeier. Referent Genosse K. Podbel.

Unterbezirk Merseburg-Naumburg-Zeitz

Mücheln. Sonnabend, 15. November, 20 Uhr, im „Schützenhaus“ öffentliche Versammlung. Referent Genosse Wöhler, MdR.
Teuchern. Sonnabend, 15. November, im „Grünen Baum“ öffentliche Versammlung. Referentin Genossin Elle Seidel.

Unterbezirk Sangerhausen-Nordhausen

Sangerhausen. Freitag, 14. November, 20 Uhr, im „Tivoli“ öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Referent Genosse O. Schlag, MdR.
Lipprechterode. Sonnabend, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent UBZ.
Bentrenaumburg. Sonnabend, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung. Referent der UBZ.
Heldrungen. Sonnabend, 15. November, 20 Uhr, im „Schützenhaus“ Revolutionsfeier. Referent der UBZ.

Kommunistischer Jugendverband Deutschlands

Halle. Achtung! An alle Zellen. Die „Junge Garde“ abholen am Freitag von 4 bis 6 Uhr, weiterhin müssen die anderen Nummern abgerechnet werden.
Achtung, Halle! Am Freitag 19 Uhr tritt der gesamte Jugendverband um 7 Uhr am Paradeplatz zur Demonstration an. Die Zellenabende fallen an diesem Tage aus. **UBZ. des KJVD.**

An alle Ortsgruppen und Zellen von Halle-Saalkreis! Am Sonnabend 19 Uhr findet in der Produktiv, Dorbenfelsstraße 14, 2 Treppen, eine Verbandsarbeiter-Sitzung statt. Sämtliche Funktionäre von Halle sowie die Leiter bzw. Orsleiter von den Ortsgruppen, erscheinen mit um pünktliches und vollzähliges Erscheinen. **UBZ. des KJVD. Halle-Saalkreis.**

Jung-Spartakus-Bund

Halle. Freitag, den 14. November, von 6 bis 7 Uhr Kassenstunde.
Halle. Alle Pioniere am Freitag um 6 Uhr in der Produktiv zum Gruppenabend. Alles muß erscheinen.
Halle. Sonnabend, 15. November, 6 Uhr, alle Leiter und Helfer in der Produktiv. Wichtige Helfer- und Leiterstunde.
Halle. Alle Pioniere beteiligen sich Sonntag, 16. November, an dem antifaschistischen Treffen in Schkeuditz. Fahrgeld 60 Pfennig.

Rote Hilfe Deutschlands

Bezirk: Mitteldeutschland

Halle (Saale), Steinweg 24, Hof.

Sprechstunden: Dienstags, Mittwochs und Freitags von 16—19 Uhr im Büro.

Remlin. Freitag, 14. November, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthaus.
Bitterfeld. Freitag, 14. November, 20 Uhr, Mitgliederversammlung im „Volkshaus“.
Halle-Nord. Sonnabend, 15. November, 20 Uhr, Mitgliederversammlung mit Lichtbildervortrag im Lokal Barth („Eiche“), Körnerstraße.
Eisleben. Sonnabend, 15. November, 20 Uhr, im „Bürgergarten“ Konzert des Balalaika-Orchesters.

Bund der Freunde der JUH.

Halle-Süd. Freitag 17 Uhr im „Thüringer Schlößchen“ Lichtbildervortrag für die Kindergruppe. Referent Reinke.
Könnern. Freitag 20 Uhr im „Bürgergarten“ Schulungskursus. Referent Reinke.
Schmalzerode. Sonntag, 16. November, große JUH.-Kundgebung.
Halle-Peißen. Montag, 17. November 20 Uhr, Jugendaktiv bei Bendlin. Referent Dornberger.

Internationaler Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit (Deutsche Sektion)

Rothenburg. Sonnabend, 15. November, 20 Uhr, öffentliche Versammlung.
Zschornewitz. Sonntag, 16. November, 15 Uhr, öffentliche Versammlung.
Könnern. Sonntag, 16. November, 15 Uhr, öffentliche Versammlung.
Eisleben. Sonntag, 16. November, 10 Uhr, Kreiskonferenz.

Roter Frauen- und Mädchen-Bund

Agitproptruppe Halle. Freitag, 14. November, 7 Uhr pünktlich, dringende Besprechung im Büro der Redaktion des „Klassenkampf“, anschließend Probe.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301113-10/fragment/page=0009

Walhalla
Letzte 3 Tage! Der Riesenerfolg
Frühling im Wiener Wald
Operette in 3 Akten
5793 von Leo Ascher
Sonnabendnachmittag 4 Uhr
Einzigste Wiederholung
Aschenbrödel
zu kleinen Preisen 0,30—1,25 Mk.

Stadt-Theater
Heute, Donnerstag 20—22½ Uhr
Das Lamm 5791
des Armen
Tragikomödie von Stefan Zweig
Freitag 19 bis 22 Uhr
Der Troubadour
Oper von G. Verdi
Tausch der zweiten Stammkarten-Reihe erbeten

Preiswerte zur gearbeitete
Sofas
55,— 85,— 107,—
116,— 135,—
145,— RM.
5786 **Ruhebetten**
35,— 45,— 50,—
59,— 83,— RM.
Große Auswahl
Gebr. Junghut
Halle (Saale)
Albrechtstraße 37

5459 Freitag
Schlachtefest
8½ Uhr an Wellfleisch
W. Kühlewind,
Schweitzerstraße 28

Kammerlichtspiele Merseburg
Ab Donnerstag 1800
Großes Tonfilm-Vaudeville
Komm' zu mir zum Rendevous
Ein entzückender 100%iger Ton- und Sprechfilm
Kein Preisaufschlag!

Kristall-Schallplatten
im Preisabbau voran!
25 cm Durchm. **2,-**
30 cm Durchm **3,50**
Unverbindliches Vorspiel bei 5794
K. Möller
Halle, Schmeerstraße 1

Lest den Klassenkampf

Ganz Halle sollte
Freitag, Sonnabend, Sonntag
Seefisch essen,
weil sehr billig,
dabei sehr nahrhaft, wohlschmeckend und bekömmlich
Täglich 1 Waggon:
Schellfisch o. K. ℔ 28 ₰
Goldbarsch ohne Kopf } ℔ 30 ₰
Seelachs ohne Kopf
Seelachsfilet „ 55 ₰
Schellf. u. Goldbarschfilet „ 60 ₰
Kabeljau ohne Kopf „ 38 ₰
Rotzungen „ 85 ₰
Makrelen „ 45 ₰
Heilbutt Ausschnitt „ 125 ₰
Lebende Karpfen „ 130 ₰
5797 ferner:
Täglich frisch und
Riesenauswahl
Räucherwaren
Fischkonserven
Delikatessen
Nordsee
Deutschlands größter Fischhandel

Auf Kredit!
Damen-Winter-Mäntel
Mädchen-Mäntel
Herren-Winter-Ulster
Knaben-Paletots
Kleine Anzahlung
Kleine Wochenrate
Klingler, Halle
Leipziger Straße 111
Eing. Sandberg 5794

LICHTSPIELE
Capitol · Centralhalle

Zeitz — Zeitz

Bis einschließlich Dienstag, den 18. November:
Der fabelhafte, deutsche Tonfilm:
Ein Tango für Dich
Der schönste Tonfilm, welcher bisher geboten wurde
Beginn werktags 17, 19 und 21 Uhr, Sonntags 15, 17, 19 und 21 Uhr
Am Buß- und Bettag:
Lalla, die Tochter des Nordens
Beginn 15, 17, 19 u. 21 Uhr

Donnerstag bis Sonntag:
Harry Piel,
der König der Gentlemen in seiner neuesten Schöpfung:
Achtung - Autodiebe
Atemberaubend, spannend und voll Tempo von Anfang bis Ende
Beginn werktags 18 u. 20½ Uhr, Sonntags 16 Uhr 1796
Sonntags 18 Uhr:
Große Jugend-Vorstellung
Montag bis Dienstag:
Die heiligen 3 Brunnen

Das Geheimnis meiner Wunderkuren
können alle Kran en am eigenen Körper erfahren, wer meine Heilmethode ausführt, ob reich oder arm, jung oder alt, hoffnungslos oder unheilbar erklärt sind! Der täglich große Zuspruch und Heilerfolge, Dank und Anerkennungen sprechen deutlicher! — Der Morgenurin ist mitzubringen — Sprechzeit nur Sonnabends 8½—12 u. 2—5 Uhr
C. Holle, Merseburg, Georgstr. 2

TRAUER
BRIEFE U. KARTEN
DANKSAGUNGEN LIEFERT SOFORT
PRODUKTIV BUCHDRUCKEREI
G.M.B.H. ◆ HALLE, LERCHENFELDSTRASSE 14

Aus Heeresbeständen und anderes:

Militär-Strickwesten, neu	2,50
Militär-Wollsacken, neu	0,85
Militär-Drelljacken und -hosen	je 1,50
Militär-Schnürschuhe, besohlt	4,75
Militär-Stiefel	4,75
Militär-Decken	1,85
Militär-Unterhosen	1,00
Militär-Hemden	1,00
Militär-Unterhosen, neu	2,25
Militär-Decken, neu	3,50
Militär-Röcke, feldgrau	4,75
Militär-Mäntel, feldgrau u. schwarz	an 9,50
Militär-Tuchhosen	an 3,00
Militär-Tuch-Hausschuhe	1,65
Militär-Hosen, feldgrau, neu	9,75
Winter-Joppen, umgearbeite	an 6,50
Militär-Joppen, warm gefüttert	12,50
Faust-Handschuhe	an 0,65
Windjacken, imprägniert	an 6,85
Hosen, gestreift	an 4,90
Pullover und Strickwesten, moderne Ausmusterungen	3,90
Schuhe, Voll-Rind, kein Spalt	7,85

Versand nach außerhalb gegen Nachnahme 5782
Siegmund Schwarz GmbH.
Halle a. d. S., Gr. Märkerstr. 5

Alexander Müller
1791 Lederhandlung,
Weißenfels, Jüdenstraße 48
Lederausschnitt billigst
Schuhmacher-Bedarfsartikel

Gegen Erkältung ein warmer Schuh
Filzschnallenstiefel m. Lederbesatz
23/24 25/26 27/30 31/35 36/42 43/46
3,50 3,90 4,00 4,50 5,75 6,90
Schnallenstiefel, echt Kamelhaar, mit Wolle, mit Filz und Ledersohle
2,55 2,75 3,00 3,25 5,30 6,50
Umschlagschuh, echt Kamelhaar, mit Wolle, mit Filz und Ledersohle
3,00 3,25 3,90
Niederreiter, echt Kamelhaar m. Wolle m. Filz u. Ledersohle 2,25 2,65 3,25
keine kamelhaarfarbigen oder kamelhaarartigen Schuhe wie zu gleichen Preisen angeboten werden 5798
H. WIEBACH
Schuhwaren en gros und détail
Nur Kleine Ulrichstraße 11-12

Frisches Fleisch
1795 sowie alles andere
Max Frommelt
Zeitz

Blutreinigungs-Tee
reinigt das Blut von schlechten Säften, vorzügl. gegen Hautkrankheiten aller Art
Paket 75 Pf.
Saale-Drogerie, Weißenfels, Taustraße 34. 1792

Gebt für die Rote Hilfe

Wir verteilen 1799
800 Tfl. ff. Schokolade
an unsere Kundschaft bei Einkauf von ¼ Pfund Kaffee

Gemüse-Allerlei	2-Pfd-Dose	82 ₰
Schnittbohnen	2-Pfd. Dose	48 ₰
Feine Tafel-Margarine	1 Pfd.	57 ₰
Rein. Schweineschmalz	„	74 ₰
Weizen-Auszug-Mehl	5-Pfund-Beutel	110 ₰

Thams & Garfs Merseburg

Neuheit, preiswert
Schlafzimmer-Schränke
Küche, Kirche, Aufb. mit 15 cm m. Wäscheeinrichtung . . . 81,4
130 cm m. 3 teilig. Aufsatz . . 102,-
13 cm m. W. u. Spiegel . . 125,4
150 cm m. W. u. Spiegel . . 158,-
Flurgarderoben 29,— bis 75,— „
Gebr. Junghut
Albrechtstr. 37

Morgenstunde
hat Gold im Munde
und Margarine von der „Hammonia" auf dem Frühstückstisch. Sie ist aber auch ein Genuß, so frisch und gut: „wie beste Butter"
Versuchen Sie einmal:

„Die Qualität macht's" ges. gesch.	Pfd	1,10
„C. E. Feinkost"	„	**1,00**
„Valvera"	„	0,90
„Flammanta" Eigelb	„	**0,85**
„F. M. Eigelb"	„	0,80
„Feine Tafel"	„	**0,70**
„Prima Pflanzen"	„	0,65
„Gute Haushalt"	„	0,58

Auf alle Waren unsern bekannten Rabatt!
Butter Groß-Handlung **Hammonia**
Größtes Butter- und Margarine-Spezialgeschäft Deutschlands!
Verkaufsstelle: 5785
Halle a. d. Saale, Große Ulrichstraße 47

Große frische Eier Stück **13 ₰**
Feine frische Molkerei-Butter ½-Pfund-Stück **70 ₰**
Frische Tafel-Margarine Pfund **45 ₰**
Bester Schweizer Käse ¼ Pfund **30 ₰**
5790
Butterhandlg. Zu den 3 Glocken
Halle Merseburg Bitterfeld

Pelzfelle
zu den heutigen enorm niedrigen Preisen bei 5781
Gebr. Danglowitz
Halle, Fischerplan 2

Ihre Uhr
muß zum Doktor!
Dann nur zu
Uhren-Klein
Brüderstraße 9, I. Kein Laden
Große Steinstraße 79 / Laden
Kostenlose fachmännische Untersuchung und Beratung
Alle Reparaturen gut u. preiswert

Empfehle für diese Woche in nur allerbester, prima frischer Qualität ganz billige,
zarte Mittelhasen
à Pfund von 2,50 an
Prima 5796
wilde Kaninchen, Junghirsch
à Stück von 0,60 an
und alles nur denkbare
Wild und la Mastgeflügel
L. Riemer jr.
nur Wörmlitzer Straße 101
und jed. Wochenmarkt. Tel. 23484

Volksbuchhandlung Wittenberg
Jüdenstraße 10
empfiehlt politische und schöngeistige
Literatur
Schul- und Schreibwaren
Außerdem werden sämtliche Aufträge an
Drucksachen und Inserate
entgegengenommen

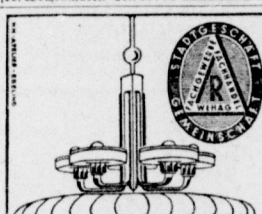
Druck sachen
aller Art, für Private und Vereine, Organisationen usw. liefert schnellstens in eig. und meisterhafter Ausführung zu zeitgemäßen Preisen
Produktiv Buchdruckerei G.m.b.H. Halle a. S., Lerchenfeldstraße 14. Fernruf 22251. Verlangen Sie Preisofferten oder den Besuch unserer Vertreter

Herren-Anzüge und Ulster
in modernen Farben
Wochenrate 2 Mark
Paul Sommer
Leipziger Str. 14
1. Treppe
(gegenüber Cafe Zorn)

Neu eröffnet! Neu eröffnet!
Fischhandlung R. Kl
Delitzsch, Bismarckstraße
1794 (Ecke Loberstraße)
Seefische täglich frisch
Billigste Tagespreise!

Freitag früh
frische Wurst sowie alle Sorten Fleischwaren
ff. Würstchen und Süßwaren
Fr. Becker, Wittenberg
Telephon 3187

Herren-Berufskleidung und Wäsche
1791 Bernhardstr. 12 Eingang Mühlstraße
Pakulla, Halle



Stadtgeschäft
G. m. b. H. Halle (Saale)
Gr. Ulrichstraße 54
Größte Auswahl
Bequeme Zahlungsbedingungen
Beleuchtungskörper

Aus dem Inhalt der neuesten Ausgabe:

Mitteldeutsches Echo
Illustrierte Zeitung für Politik und Leben

Neben anderen interessanten Artikeln:
Beginn der neuen Großreportage: „Die Kerker von Budapest / Echo der Woche / Bilder-Echo der Woche / 8 Prozent! / Immer noch Sterben der Lübecker Säuglinge / Meuser mordet ein Mädchen / Jorns ist gerichtet / Der Sadistenklub des Regierungsrats / Profit an Leichen / Die 60000 von der Tankstelle / Wenn Du mal ein Buch liest . . . . / Charlie tätowiert gut
Das „Mitteldeutsche Echo" ist an allen Kiosken zu haben.
Bestellungen nehmen unsere Trägerinnen entgegen
Das ME. kostet monatlich nur 50 P

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019301113-10/fragment/page=0010